

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse

Postfach 260 226, 50150 Köln

Hausadresse GNN-Verlag,

Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,

Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 26 / 16. Jahrgang

28. Dezember 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Wahlsieg der Regime- Parteien in der Türkei

**Aber die Refah gewann dazu, in Kur-
distan wurde HADEP stärkste Partei**

Nach den türkischen Wahlen zeichnet sich eine Koalitionsregierung aus den reaktionären Parteien ANAP, DYP (Tan-
su Ciller) und DSP („Demokratische
Linksparlei“ unter Ecevit) ab. Stärkste
Partei wurde die „Refah“. Die HADEP
erreichte landesweit nur 4,2% - aber in
Kurdistan ist sie die stärkste Partei.

ANAP, DYP und DSP erreichten zu-
sammen ca. 55% der Stimmen, im Par-
lament verfügen sie über ca. 340 der 550
Sitze. Alle drei Parteien sind strikt an-
tikurdisch. DSP-Chef Ecevit hatte nach
der letzten Parlamentswahl die sozial-
demokratische CHP wg. angeblich „pro-
separatistischer Politik“ gespalten, weil
diese kurdischen Abgeordneten der
HEP erlaubt hatte, auf ihren Listen zu
candidieren. Die CHP, die nach diesem
kurzen pro-kurdischen Intermezzo mit
Tansu Ciller koalitiert und die Verbote
der HEP und DEP sowie die Inhaftie-
rung der kurdischen DEP-Abgeordne-
ten mitgetragen hatte, kam auf ca. 10%.
Die faschistische MHP scheiterte mit
% am Wahlgesetz, wonach nur solche
Parteien ins Parlament kommen, die
landesweit 10% und mehr erreichen.

Stärkste Partei wurde die „Refah“-
(Wohlfahrts)-Partei. Die Partei ent-
stand vor etwa 20 Jahren. Ihr Partei-
vorsitzender Erbakan führte damals in
einem heftigen Streit in den Industrie-
und Handelskammern der Türkei eine
Fraktion kleinerer und mittlerer Unter-
nehmen, die sich gegen die weitere Öff-
nung des Landes für westliche Konzer-
ne und gegen die Übermacht der großen
türkischen „Holdings“ wehrte und für
Zollschutz, Aufbau einer eigenen
Schwerindustrie und Orientierung auf
den arabischen Raum eintrat. Ihre Ge-
genspieler - u.a. der heutige Staatschef
Demirel - gewannen. Erbakan wurde
aus der Kammer ausgestoßen und grün-
dete die „Refah“, die seitdem im Bünd-
nis mit Teilen der islamischen Geist-
lichkeit und Großgrundbesitzern durch
Armenküchen und ähnliche „Wohlta-
ten“ ihre soziale Basis verbreitert hat. In
den kurdischen Gebieten hat die Refah
Anhang u.a. unter Dorfschützern.

Die Partei HADEP und das von ihr ge-
führte Bündnis für „Arbeit, Frieden und
Freiheit“ wurde in den kurdischen Ge-
bieten stärkste Partei. Sie kam in Diyar-
bakir auf 46,5%, in den Provinzen Hakkari



Trotz massivster Behinderungen durch türkische Sicherheitskräfte beteiligten sich an den Wahlkund-
gebungen der HADEP, ermutigt auch durch den erneuten Waffenstillstand der PKK, mehrfach mehrere
zehntausend Menschen, so in Izmir, Diyarbakir und anderen Städten. (Foto aus: „Özgür Politika“)

kari 54,4%, Batman 37,4%, Sirtak 25,9%,
Van 27,8%, Siirt 26,7%, Mardin 22%, Agri
18%, Dersim 17%, Mus 16,8%, Bitlis 10%.
Selbst in Istanbul erhielt die HADEP
3,5%, in Ankara ca. 2,5%, in Izmir ca. 5%.

Daß die HADEP trotzdem landesweit
nur ca. 1,4 Millionen Stimmen, d.h. 4,2%
erhielt, ist eine Folge des türkischen
Wahlrechts. Etwa 3 Millionen Kurdi-
nen und Kurden, die das Militär aus
ihren Dörfern vertrieben hat, waren
nämlich in ihren Fluchtorten nicht als
Wähler registriert. Etwa die Hälfte der
kurdischen Bevölkerung dürfte so kein
Wahlrecht gehabt haben - von den Re-
pressionen des Regimes gegen die HA-
DEP einmal ganz abgesehen.

Die Aussichten für eine politische Lö-
sung der kurdischen Frage sind durch
den Wahlausgang trotz des von der PKK
verkündeten Waffenstillstands vermut-
lich nicht besser geworden. Der Versuch
der europäischen und US-Imperialis-
ten, mit dem türkischen Militär den
kurdischen Aufstand mit Gewalt nie-
derzuwerfen und das Land weiter im
Status einer westlichen Militärbastion
und Halbkolonie mit Billigslöhnen und
Tourismus zu halten, dürfte weiterge-
hen. (rül)

**Seite 4/5: Waffen-
stillstand der PKK**

Woher kommt Theo Waigels Haushaltsloch?

Die Steuerlast der Besserverdienenden, vor allem der Konzerne, wird immer geringer

nen in der öffentlichen Diskussion lei-
er kaum beachteten Beitrag zur Dis-
ussion um das von Waigel & Co. be-
lagte „Haushaltsloch“ hat eine Quelle
geliefert, die eigentlich Waigel eng ver-
bunden ist: Die Deutsche Bundesbank.
In ihrem neuesten Monatsbericht liefert
die Bank nämlich - wie jeden Monat -
Daten über die Entwicklung der Steuer-
einnahmen in den letzten Jahren und
in paar interessante Hinweise zur Er-
klärung dieser Zahlen.

Danach stiegen die staatlichen Ein-
nahmen aus Lohnsteuern (der Einfach-
heit halber nennen wir im folgenden
zets nur die Zahlen für das „frühere
Bundesgebiet“, also das Gebiet der al-
ten BRD) von 147,6 Mrd. DM (1985) auf
141,9 Mrd. DM (1994), also um +64%.

Im gleichen Zeitraum fielen die Ein-
nahmen aus „veranlagter Einkommens-
steuer“ von 28,6 Mrd. DM (1985) auf 26,5
Mrd. DM (1994), also um 7%. Zur Ein-
kommenssteuer veranlagt wurden 1994
Personen, die alleinstehend mehr als
27.000 DM im Jahr steuerpflichtiges
Einkommen hatten, bei Verheirateten
das Doppelte, oder Personen, die aus

anderen Gründen (z.B. Eigenheim) eine
„Veranlagung“ beantragt hatten. In der
Regel kann man also sagen: zur Ein-
kommenssteuer „veranlagt“ werden Be-
zieher mittlerer oder höherer Einkom-
men.

Das Aufkommen aus Körperschafts-
steuern der Unternehmen fiel sogar von
31,8 Mrd. DM (1985) auf 18,6 Mrd. DM
(1994), d.h. um 42%!

Lediglich die sog. „Kapitalertrags-
steuern“ (Zinssteuern, Steuer auf Divi-
denden u.ä.) stiegen von 6,2 Mrd. DM
(1985) auf 30,6 Mrd. DM (1994). Die
schroffe soziale Spaltung bei der Steuer-
last bleibt aber auch unter Einschluss
dieser Steuern bestehen: Das Aufkom-
men aus veranlagten Einkommenssteu-
ern, Körperschafts- und Kapitalertrag-
steuern zusammen stieg nämlich nur
von 66,6 Mrd. DM (1985) auf 75,7 Mrd.
DM (1994), d.h. um 14%.

Volumenmäßig am stärksten stiegen
wieder einmal die Umsatzsteuern: Von
109,8 Mrd. DM (1985) auf 222,3 Mrd. DM
(1994), d.h. um 102%. Da es sich auch
hier um Steuern handelt, die die Bezie-
her niedriger Einkommen am stärksten

belasten, bleibt das Ergebnis das glei-
che:

*Die Regierung Kohl hat mit ihrer Steu-
erpolitik in den vergangenen zehn Jah-
ren systematisch die Konzerne und Be-
zieher höherer Einkommen entlastet,
während die Bezieher niedriger Ein-
kommen immer höher belastet wurden.*

Im Feudalismus lautete die Steuerpoli-
tik: Der Adel ist qua Geburtsrecht
steuerfrei. Jetzt sind zwar die Parolen
anders: „Entlastung der Leistungsträ-
ger“, „den Industriestandort sichern“
usw. - die soziale Wirkung der Steuer-
politik ist aber wieder dieselbe. Umso
grotesker ist es da, daß dann noch mit
der Parole „schlanker Staat“ gerade den
Bevölkerungsteilen die Ansprüche auf
staatliche Leistungen gestrichen wer-
den, die die Hauptlast der Steuern zah-
len.

Einen beträchtlichen Anteil an dieser
schroffen sozialen Spaltung der Steuer-
lasten dürfte dabei in den letzten Jah-
ren die Plünderung des Ostens, d.h. der
neuen Bundesländer, gehabt haben.
Wer genügend Geld hatte, um sich an
diesem Raubzug zu beteiligen, wurde

steuerlich dafür doppelt und dreifach
belohnt. So erläutert die Bundesbank
den - auch 1995 anhaltenden - Rückgang
bei der „veranlagten Einkommenssteu-
er“ in ihrem Dezember-Monatsbericht
so: „So dürften vor allem einige zeitlich
befristete Steuervergünstigungen sehr
stark ausgenutzt worden sein ... Hierzu
zählen sowohl die Steueranreize für Ei-
genheime ... als auch die großzügigen
Steuervergünstigungen für Investitio-
nen in den neuen Ländern.“

Um zurück auf Waigels „Haushalts-
loch“ zu kommen: Wären die Körper-
schaftssteuern der Unternehmen in den
Jahren 1985 bis 1994 genauso gestiegen
wie die Lohnsteuern, hätte Waigel schon
1994 33 Mrd. DM mehr Steuern einge-
nommen. Wären die veranlagten Ein-
kommenssteuern auch so gestiegen wie
die Lohnsteuern, hätte er sogar 53 Mrd.
DM mehr eingenommen! Der Bundes-
haushalt hätte dann 1994 nicht mit ei-
ner Neuverschuldung - von knapp 39
Mrd. DM, sondern mit einem Überschuß
von 14 Mrd. DM abgeschlossen. (rül)

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht
Dezember 1995

AKTUELL IN BONN**Contra Ladenschluß und
Nachtarbeitsschutz**

Am 18.12. hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Änderung des Ladenschlußgesetzes und zur „Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien“ beschlossen und dem Bundesrat zur ersten Beratung zugeleitet. Der Ladenschluß soll weiter „gelockert“ werden, in der Hauptsache ein Raubzug an der Arbeitskraft und Gesundheit von Verkäuferinnen und Beschäftigten in Bäckereien und Konditoreien und eine weitere Förderung der Konzentration im Einzelhandel zulasten der kleinen Einzelhändler. Die Ladenschlußzeiten werden bis abends 20 Uhr verlängert, die Landesregierungen sollen entscheiden, ob Samstags generell bis 18 Uhr geöffnet werden darf. HBV, DAG und Einzelhandelsverband lehnen den Entwurf entschieden ab. Das Nachtbackverbot für Bäckereien und Konditoreien soll ebenfalls beseitigt werden, so daß ruinöse Arbeitszeiten vor allem in den Brot- und Backwarenfabriken möglich werden.

Neue Erbschafts-, Vermögens- und Grundsteuer

Eine Arbeitsgruppe der Finanzminister von Bund und Ländern berät seit einiger Zeit über Änderungen bei diesen Steuern. Anlaß ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die sog. Einheitswertbesteuerung von Grundstücken und Immobilien als verfassungswidrig abgelehnt hatte. Durch eine Neufassung der Freibeträge soll nun angeblich verhindert werden, daß Eigenheime u.ä. durch eine womöglich zu hohe Erbschaftsteuer nicht mehr an die Kinder oder Enkel vererbt werden können. Die CDU/CSU-Minister, die FDP und die Kapitalisten wollen bei diesen Beratungen am Ende die Vermögenssteuer ganz abschaffen und die für große Erbschaften und Schenkungen ohnehin schon jetzt sehr geringe Erbschaftsteuer noch weiter senken. Vor allem Betriebe sollen entlastet werden. So soll der sogenannte „Bewertungsabschlag“ bei der Vererbung von Betrieben von jetzt 25 auf künftig 40% erhöht werden. Bei „Gebrauchsvmögen“, also z.B. Eigenheimen, gilt pro Vererber ein Freibetrag von 400.000 DM, den dieser auf seine Erben verteilen kann. Der Versorgungsfreibetrag bei Ehegatten soll auf 500.000 DM steigen. Die SPD-Ministerpräsidenten drängen darauf, daß am Ende trotzdem das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer steigen soll - daß also große Vermögen stärker besteuert werden. Für 1996 wird bisher ein Aufkommen an Vermögenssteuer von 8,5 Mrd. DM und an Erbschaftsteuer von 3,6 Mrd. DM erwartet.

**Neue Kürzung der Sozialhilfe
noch nicht in Kraft**

Der Bundesrat hat auf seiner letzten Sitzung in 1995 die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe (Befristung u.ä.) sowie im Asylbewerberleistungsgesetz abgelehnt. Damit treten diese Kürzungen nicht, wie von der Bundesregierung ursprünglich geplant,

zum 1.1.96 in Kraft, sondern müssen noch einmal in den Bundestag und evtl. auch noch in den Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag.

Gesundheits„reform“, Teil III

Am 18.12. stellte Bundesgesundheitsminister Seehofer die „Eckpunkte“ des sog. Teils 3 der Gesundheits„reform“ vor. Der Versuch der FDP, die Arbeitgeberbeiträge ganz abzuschaffen, ist zurückgestellt. Dafür sehen die Eckpunkte vor, daß künftig Beitragsanhebungen der Kassen einer Dreiviertelmehrheit der Stimmen bedürfen, was den Vertretern der Kapitalisten faktisch ein Vetorecht gegen jede Anhebung der Beiträge in die Hand gibt. Bei Kassen, in denen die Kapitalisten nicht paritätisch vertreten sind, gilt entsprechend, daß ihr Beitragssatz den halben durchschnittlichen Beitragssatz der Ortskrankenkassen nicht übersteigen darf. Zuzahlungen von Versicherten werden künftig alle zwei Jahre automatisch entsprechend dem Durchschnittsentgelt angehoben, womit ständig steigende „Selbstbeteiligung“ zur Norm wird. Die Zuzahlungen für Kuren, Rezeptgebühren u.ä. steigen sofort, außerdem soll bei Kuren ein Teil des Urlaubs „angerechnet“ werden. Den Arbeitgeberverbänden gehen die Eckpunkte nicht weit genug, sie fordern, ihre Zahlungen zur Krankenversicherung mindestens einzufrieren, besser noch ganz aufzuheben. In der Presse werden die „Eckpunkte“ als „Bonbon“ für die FDP und ihr Klientel der Besserverdienenden gehandelt, denen mehr „Wahlfreiheiten“ angeboten werden, vor allem, wenn sie noch jung und gesund sind. Die eigentlichen Einschnitte würden die Regierungsparteien erst nach den Wahlen im März bekanntgeben, heißt es weiter.

**Albanien: Neue Kredite und
neue Geschäfte**

Am 18. Dezember weilte der Präsident der Republik Albanien, Sali Berisha, in Bonn. „Entwicklungsminister“ Spranger (CSU) unterzeichnete dabei ein neues „Projektabkommen“ über 47 Millionen DM. Seit 1987 hat Albanien von der BRD 304 Millionen DM „Entwicklungshilfe“ erhalten, größtenteils in Form rückzahlbarer Kredite. Diese zinsbringende „Hilfe“ bringt inzwischen auch anderweitig Früchte. Der „Deutsche Industrie- und Handelstag“ äußerte sich „sehr interessiert“ an Albanien-Geschäften. Die Preussag will die albanischen Chromerzvorkommen ausbeuten und bereitet ein entsprechendes Abkommen vor, die Telekom will das albanische Telefonnetz, und Siemens sammelt bereits zahlreiche Elektroaufträge. Die deutsche Balkanexpansion via Albanien kommt also zügig voran.

Was kommt demnächst?

Bundestag und Bundesrat sind in der „Weihnachtspause“. Am 6. Januar führt die FDP ihr „Dreikönigstreffen“ durch. Vom 8. bis 11. Januar tagt die CSU in Wildbad-Kreuth, am 26./27. Januar sind in Wildbad-Kreuth „Strategiegespräche“ mit der CDU vorgesehen, bei denen es u.a. um eine weite-

Ausbildungsförderung als Bankengeschäft

**Proteste gegen Rüttgers BAFöG-„Reform“
Dokumentiert: Eine Rede in Kassel, 6.12.**

In zahlreichen Städten haben in den vergangenen Wochen Studierende gegen die von den Regierungsparteien geplante Umstellung der Ausbildungsförderung auf banküblich verzinsten Darlehen protestiert. Wir dokumentieren einen (aus Platzgründen gekürzten) Redebeitrag aus Kassel, wo am 6. Dezember 10.000 Studierende, Schüler und Auszubildende gegen diese Pläne demonstrierten.

(...) Wir haben ... uns ... entschieden, zusammen mit Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern zu dem heutigen Streiktag zu mobilisieren. Und zwar aus zwei Gründen:

Erstens, weil wir es wichtig finden, gemeinsam mit allen Bereichen zu demonstrieren, uns nicht spalten zu lassen und zu betonen, daß wir Jugendliche gemeinsame Interessen haben, für die wir auch gemeinsam eintreten, wenn es notwendig ist.

Zweitens, weil für uns Studentinnen und Studenten der heutige Tag eine höchst symbolische Bedeutung hat. Während wir hier demonstrieren, sitzen Kohl und seine Freunde in Bonn zusammen und beschließen eine Verzinzung des Bafögs mit marktüblichen Zinsen von 8,5%. Ursprünglich wollten sie den Beschluß direkt heute fällen, haben ihn jetzt aber wegen der Bosniendebatte auf den 13.12. verschoben.

Konkret wird das nichts anderes heißen, als daß ein normaler Bafögempfänger, der heute nach seinem Studium 35.000 DM zurückzahlt, dann das Doppelte, nämlich genau 70.000 DM zurückzahlen muß. Die Differenz, nämlich genau 35.000 DM pro Bafögempfänger, geht dann an eine der bedürftigsten, sozial unterdrücktesten Schichten in der Bundesrepublik: An die Deutschen Banken.

Was hinter dieser Politik der Unternehmerregierung Kohl steckt, macht ein bildungspolitisches Strategiepapier des Arbeitgeberverbandes vom Juni deutlich: „Wir brauchen eine zukunftsorientierte Pädagogik, welche die grenzenlose Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Glückseligkeit verheißende Emanzipationspädagogik der Vergangenheit ablöst, sich von jedweder Form schulpolitischer Gleichmacherei verabschiedet, die vorhandenen Begabungsressourcen unserer Jugendlichen weckt und Leistung fördert.“

Was hier mit einem Abschied von der Gleichmacherei gemeint ist, ist nichts anderes als ein Wegfegen der letzten Reste von Chancengleichheit, die in unserem heutigen Bildungssystem noch existieren. Kohl & Co. geht es weniger um die Finanzierung des Bildungssystems als um die Durchsetzung ihrer konservativen Bildungswende. In der HNA vom letzten Samstag finden wir zum Beispiel einen Artikel mit der Überschrift: „Kohl will Leistungseliten fördern.“ In der gleichen Ausgabe der HNA,

nur eine Seite vorher, stehen die Pläne der Kultusministerkonferenz zur Verschärfung des Abiturs und der Einführung von zwölfjährigen Elitelymnasien.

Die Vorschläge zur Verzinzung des Bafögs und zur Einführung von 1.000, DM Studiengebühren im studentischen Bereich sind Teil eines Generalangriffs auf unser Bildungssystem. Nach dem Recht auf Arbeit soll nun auch das Recht auf Bildung fallen. Schon jetzt drängen sich bundesweit 1,9 Millionen Studierende in Hochschulen, die für 970.000 Studierende ausgelegt sind. Die Lösung der Kohlregierung heißt: Weg mit der leidigen Chancengleichheit Studium für Reiche! (...)

Die alte These der Konservativen, daß es eben einfach zu viele Studentinnen und Studenten gibt und wir doch bitte schön stattdessen eine Ausbildung machen sollen, geht auch nicht mehr auf. Bundesweit fehlen 165.000 Lehrstellen, jeder Dritte im Osten und jeder Fünfte im Westen wird nicht übernommen. Ir-

gendwer muß uns dann bei Gelegenheit einmal erklären, wo wir dann überhaupt noch hinsollen! An der Uni will man uns nicht und in der Lehre auch nicht! Sollen wir uns vielleicht in der Luft auflösen?

Die Kohlregierung und die Länderregierungen betreiben Sozialabbau um jeden Preis. An den Schulen fällt Unterricht aus, Lehr-

mittel fehlen und obwohl die Schülerzahlen steigen werden Lehrerstellen abgebaut.

Die Studentinnen und Studenten der GhK sehen ihren Kampf gegen die Verzinzung des Bafögs und die Einführung von Studiengebühren deshalb als Teil eines gemeinsamen Kampfes von Auszubildenden, Schülerinnen, Schülern, Studentinnen und Studenten gegen den sozialen Kahlschlag im Bildungsbereich. Es ist ein Riesenerfolg, daß wir es geschafft haben, heute die gesamte Kasseler Jugend an einem Tag auf die Straße zu bringen und zu zeigen, daß wir uns nicht spalten lassen und für eine gemeinsame Zukunft kämpfen. (...) schließen sich die Studentinnen und Studenten der GhK heute solidarisch mit folgenden Forderungen diesem Streiktag an:

1. Keine Verzinzung des Bafögs, keine Studiengebühren - Für die Herstellung von Chancengleichheit!
2. Stopp des Stellenabbaus an den Hochschulen!
3. Ausbau der Hochschulen - Verbesserung der Lehre!
4. Soziale Mindestsicherung für jede und jeden in Deutschland Studierenden von 1250,- DM im Monat, d.h. darlehensfreies, elternunabhängiges Bafög in dieser Höhe! (Dies entspricht dem Mindestbedarf nach Angaben des Studentenwerkes)
5. Demokratisierung der Hochschulen

aus: ASTATISCH, Zeitung des AstA der Gesamthochschule Kassel, Nr. 22, 14.12.95



den Diskussionen deutscher „offizieller“ Kreise spielt, geschürt von reaktionistischen Kreisen um die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ und die CSU, die Forderung nach Aufhebung der Annullierung der sogenannten „Benes-Dekrete“ eine wichtige Rolle. Mit den „Benes-Dekreten“ entschied die tschechische Regierung nach 1945, die tschechendeutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei als Sühne für die zahlreichen Verbrechen während der deutschen Okkupation der Jahre 1938 bis 1945 zu enteignen und auszusiedeln. Eine „Annullierung“ dieser Dekrete - und damit eine Anerkennung reaktionistischer Forderungen nach Rückgabe deutschen Eigentums - können für die Tschechische Republik keinen Eintritt in die Europäische Union bedeuten, fordern „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ und CSU. Der Emilska skizziert im folgenden, welche Verbrechen auf das Konto der deutschen Okkupation der Tschechei in den Jahren 1938 bis 1945 gingen.

Der Plan der militärischen Aggression gegen die Tschechoslowakei wurde von der Führung der deutschen Wehrmacht bereits im Jahre 1935 (Fall Schulung) ausgearbeitet, im April 1938 bis ins Detail ausgearbeitet (Fall Grün). Eine wichtige Rolle z.B. bei der Beschaffung von Nachrichtendienstlichen Informationen gegen die Tschechoslowakei spielte ein Teil der sudetendeutschen Bevölkerung.

Bei bewaffneten Auseinandersetzungen mit Formationen des sudetendeutschen Freikorps (FS) sind 170 Angehörige der tschechoslowakischen Streitkräfte gefallen, bei den Gewalttätigkeiten des FS gegen die tschechische Bevölkerung in den Grenzgebieten. Im September 1938 2.400 Personen nach Deutschland verschleppt, wo als Geiseln gefangen gehalten wurden. Ein Teil von ihnen war bis Anfang 1939 im KZ Dachau inhaftiert.

Nach dem Münchner Diktat (9.9.1938) wurden aus den Grenzgebieten der böhmischen Länder mehr als 10.000 Personen, davon 122.000 Tschechen, 15.000 Juden und 13.000 antifaschistisch gesinnte Deutsche vertrieben. Allein die Verluste an ihrem persönlichen Eigentum betrugen nach unständigen Angaben 357 Millionen Reichsmark.

In den besetzten Grenzgebieten wurden schon vom Oktober 1938 an insgesamt 10.000 Tschechen und antifaschistisch orientierte Deutsche verhaftet. Die nazistische Staatsverwaltung des gebildeten Sudetengaus hat den Teil der tschechischen Bevölkerung - mehr als 420.000 Personen - praktisch alle Rechte, sei es im wirtschaftlichen, Nationalitäten- oder politischen Bereich, gebracht. Eine Reihe von Maßnahmen waren auf die schrittweise Gerückung der tschechischen Wirtschaft und Bevölkerung ausgerichtet: gehörten insbesondere die Konfiskationen des tschechischen und des jüdischen Eigentums - allein bei den Bauern ging es um 100.000 Hektar Boden, weiter die schnelle Auflösung tschechischer Schulen - aufgelöst wurden alle tschechischen Ober- und Fachschulen, begrenzt wurde die Zahl der Menschen - es wurden tschechische Büchereien liquidiert, tschechische Kulturaktivitäten verboten und schrittweise, besonders auf 1941 jedwede gesellschaftliche und kulturelle Leben der tschechischen Bevölkerung unmöglich gemacht.

Die Okkupation der böhmischen Länder vom 15.3.1939 und die Errichtung des Protektorats wurde von Präventivhaftungen der Gegner des Nazi-Regimes begleitet (Aktion Gitter, März bis 1939, es wurden 6.400 Personen verhaftet, ein Teil von ihnen ist in den Kon-

zentrationen um das Leben gekommen), ähnlich sah es auch später aus (Aktion Albrecht, September 1939, und Aktion Gitter II, August bis September 1944). Nach der definitiven Schaffung der Struktur des Okkupationsverwaltungsapparates, in dem 40.000 Sudetendeutsche (oft in dessen Repressionsorganen, so z.B. in der Gestapo)



15. März 1939: Die Bevölkerung Prags empfing die faschistischen Eindringlinge mit unverhohlenen Zorn und Widerstandswillen.

Die Nazi-Okkupation in Böhmen 1938-1945

Ein Beitrag zur deutsch-tschechischen Geschichtsaufarbeitung. Von Dr. Emil Hruska.

wirkten, folgten weitere Repressionswellen: Der Eingriff gegen tschechische Hochschulen im November 1939, deren Schließung. Über 1.200 Studenten wurden in die Konzentrationslager verschleppt. Es folgte die Erklärung des ersten Standrechts (September 1941 bis Januar 1942), 500 Personen hingerichtet, 2.200 Personen wurden in die KZs verschleppt. Bei dem zweiten Standrecht, das nach dem Attentat tschechischer Patrioten auf R. Heydrich erklärt wurde (Mai bis Juli 1942) wurden über 5.000 Personen hingerichtet, die Gemeinde Lidice (insgesamt kamen 339 Männer, Frauen und Kinder ums Leben) und die Gemeinde Lezaky (getötet wurden 54 Männer, Frauen und Kinder, nur 2 Kinder konnten überleben) dem Boden gleichgemacht. Gleichzeitig wurden Transporte der jüdischen Bevölkerung aus den böhmischen Ländern in die Vernichtungslager (3.000 Personen) organisiert. Ab September 1942 verlief die „Aktion E“, bei der die Familienangehörigen festgestellter Teilnehmer des tschechischen Widerstands in die Konzentrationslager transportiert wurden. Dazu sei zu bemerken, daß die Nazi-Behörden bei der Gefangennahme der Angehörigen tschechoslowakischer Armee-Einheiten im Ausland die internationalen Konventionen über Gefangene nicht anerkannten, tschechoslowakische Soldaten wurden der Gestapo übergeben, in einigen Fällen dann hingerichtet.

Im Protektorat waren erhebliche Kräfte des Sicherheits- und Polizeiapparates Nazi-Deutschlands stationiert. Ihre Struktur sicherte einen starken repressiven Druck auf die tschechische Gesellschaft im Interesse der „Erhaltung der Ordnung“ in diesem Raum. Allein das Netz der Amts- und Dienststellen der Gestapo führte während der Okkupation Verhaftungen von 115.000 Personen (zusätzlich zu der Rassenverfolgung) durch, die meistens den Folterungen in den Gestapo-Gefängnissen ausgesetzt waren. In den Nazi-Haftanstalten und Konzentrationslagern sind insgesamt mehr als 350.000 Tschechen geraten. In den KZs, insbesondere in

den Vernichtungslagern, sind die meisten tschechischen und slowakischen Opfer der Okkupation umgekommen. In Auschwitz-Birkenau waren es 88.000, in Majdanek 30.000 Personen usw.

Im Protektorat wurden von der Nazi-Macht die Nürnberger Rassegesetze voll eingeführt (ab Juni 1939). Sie ermöglichten die verstärkte Diskriminie-

rung der Juden bis hin zu deren Konzentration im Ghetto von Terezin und den weiteren Deportationen in die Konzentrationslager, in denen 80.000 Juden aus den böhmischen Ländern umgekommen sind.

In den böhmischen Ländern wurde dauernd die spezifische Form des Naziterrors, die sog. Sonderbehandlung angewendet, die Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren ermöglichte und in zahlreichen Fällen bis zum Jahr 1945 genutzt wurde. In ähnlicher Weise wurden auch die Sondergerichte errichtet, die das Ziel hatten, die Bevölkerung von der antinazistischen Tätigkeit abzubringen. In den Jahren 1944 bis 1945 wurden die Soforthinrichtungen unter erzwungener Teilnahme der Bevölkerung mehrerer Ortschaften in den böhmischen Ländern praktiziert, es wurden weitere Gemeinden niedergebrannt, ihre Bewohner ermordet (Plostina, Plov, Javoricko, Leskovice).

Bestandteil der nazistischen Repressionspolitik im Protektorat war der sog. Totaleinsatz tschechischer Bevölkerung zur Arbeit im Reich, ab 1942 Zwangseinziehungen vor allem junger Leute, die vort allem in der Rüstungsindustrie arbeiten mußten, insbesondere in den Jahren 1944 bis 1945. Sie waren in einer rechtlosen Stellung und mußten unter unerträglichen Bedingungen arbeiten. Total eingesetzt wurden insgesamt 600.000 Personen, 3.000 von ihnen sind ums Leben gekommen, Tausende von ihnen kamen mit gesundheitlichen Schäden zurück.

Die Nazi-Pläne zur Endlösung der tschechischen Frage: das Ziel war die vollkommene Germanisierung des tschechischen Raumes und der tschechischen Bevölkerung. Die Konzeption ging von dem Projekt zur „Aufhebung der tschechischen Gemeinschaft im territorialen und geistigen Sinne durch die Beseitigung deren führender Schicht“ aus (siehe General Friderici, Juli 1939), sie erfaßte die Pläne zur Liquidierung des Protektorats durch seine Teilung und Eingliederung in die angrenzenden deutschen Gauen (Henlein, Juli 1940, genehmigt im Oktober des gleichen Jahres),

die mit der Veränderung der nationalen Zugehörigkeit der rassisch geeigneten Tschechen und mit der Aussiedlung und Liquidierung von rassisch ungeeigneten und dem „Reiche feindlich gesinnten“ Tschechen rechnet. Ein Komplex-Verfahren der Germanisierungspolitik entwarf R. Heydrich (Oktober 1941, Februar 1942), siehe die danach folgende Rassenuntersuchung der tschechischen Bevölkerung im Frühjahr 1942.

Die Endlösung wurde auf die Zeit nach dem vorausgesetzten siegreichen Krieg verschoben, und zwar im Hinblick auf die Nutzung des Wirtschaftspotentials der böhmischen Länder zu militärischen Zwecken. Trotzdem wurde eine Reihe von Maßnahmen realisiert: vor allem die Aussiedlung der tschechischen Bevölkerung und die organisierte Kolonisation durch deutsche Siedler - die Bildung deutscher „Gebietsbrücken“ - im Protektorat. Dazu wurde die Bildung militärischer Übungsplätze genutzt - z.B. in Milovice (Zwangsaussiedlung von 7 tschechischen Gemeinden), Brdy (12 Gemeinden), die Gebiete um Benesov, Neveklov, Sedlcany (65 Gemeinden, 31.000 Personen), ferner auch das Gebiet um Vyskov (33 Gemeinden, 18.500 Personen) u.a., insgesamt wurden auf diese Art und Weise während der Okkupation 80.000 Hektar Boden beschlagnahmt, 245 Gemeinden und Ortschaften wurden besetzt, nachdem 60.000 Personen zur Aussiedlung gezwungen worden waren.

Bestandteil der Germanisierungspläne war die systematische Beschränkung der nationalen, kulturellen und autonomen Aktivitäten der tschechischen Gesellschaft und die damit zusammenhängende Priorität der Repressionen gegen die tschechische Intelligenz, gegen die Repräsentanten der tschechischen Kultur, des Schulwesens, die Repräsentanten des öffentlichen Lebens usw., das System der Germanisierungsanordnungen griff dauernd in die Erziehung ein und war auf die Begrenzung der Lebensperspektiven der Jugend und auf ihre planmäßige Entnationalisierung ausgerichtet. Im Wirtschaftsreich war von entscheidender Bedeutung die Errichtung der Zollunion mit Deutschland (ab Oktober 1940), die ein unkontrolliertes Vordringen des deutschen Kapitals (vor allem des Rüstungskapitals) in die böhmischen Länder und gleichzeitig den Abzug der Devisenreserven aus den böhmischen Ländern nach Deutschland ermöglichte, die Konkurrenzfähigkeit des tschechischen Kapitals in erheblichem Maße beschränkte und das Lebensniveau der tschechischen Bevölkerung senkte.

Die Summe menschlicher und materieller Verluste der Tschechoslowakei während der Zeit der Nazi-Okkupation: nach den jüngsten, unvollständigen Angaben sind insgesamt 340.000 Personen ums Leben gekommen. Sie starben in den Konzentrationslagern, bei Bombenangriffen und bei den Kämpfen in der Zeit, wo in den böhmischen Ländern die Kriegsfront verlief, viele tschechische Bürger wurden bei den Repressionsmaßnahmen hingerichtet, andere fielen im direkten Kampf gegen die bewaffneten Organe von Nazi-Deutschland. Die materiellen Schäden betrugen nach den Nachkriegsberechnungen insgesamt 347,5 Milliarden Kronen (Industrie und Handel 38,4 Milliarden, Landwirtschaft 44,5 Milliarden, Eisenbahntransport 20,4 Milliarden Kronen, Währung 134,5 Milliarden Kronen). In diese Summe wurden nicht einbezogen die Schäden an den Gebäuden, an Leben und Gesundheit der Bürger - diese wurden auf weitere 300 Milliarden Kronen berechnet.

Dr. Emil Hruska lebt in Plzen. Er ist Mitglied der „Partei des Linken Blocks“.

Neue Waffenstillstands-Initiative der PKK

Dokumentiert: Die Erklärung des PKK-Vorsitzenden Öcalan zum Waffenstillstand

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan, rief in einer Sendung des kurdischen Fernsehsenders MED-TV am 14. Dezember einen einseitigen Waffenstillstand mit der Türkei aus. In der Türkei ist diese Erklärung von zahlreichen Oppositionspolitikern, Gewerkschaftern und Menschenrechtlern begrüßt worden. In der BRD haben u.a. die Grünen und das „Komitee für Grundrechte“ aufgerufen, die Initiative der PKK für Fortschritte zu einer politischen Lösung des Kurdenkonflikts zu nutzen (siehe dazu die neue Ausgabe des „Kurdistan-Rundbriefs“). Hier die - aus Platzgründen nur um wenige Passagen zu den Wahlen in der Türkei gekürzte Erklärung Öcalans. (Zwischenüberschriften von der Red.) (rül)

Wenn die Parlamentswahlen in der Türkei eine Relevanz aufweisen sollen, wenn eine Lösung für die, für die bestehenden Probleme ursächliche Kurdenfrage zu finden ist, wenn wir von der Rolle der Politik sprechen wollen und diese statt des Krieges als zeitgenössische Lösung für die Konflikte anbieten, wenn tatsächlich zum einen für die militärische und ökonomische Ausweglosigkeit und zum anderen für die erkennbare Funktionslosigkeit der Politik der Terrorismus und die PKK verantwortlich gemacht werden, dann wollen wir hier bekunden, was es für uns heißt, Verantwortung zu übernehmen, um Schritte zu einer Lösung einzuleiten.

„...schätzen wir den Beschluß des Europaparlaments...“

Insbesondere schätzen wir den Beschluß des Europaparlaments, in dem ausdrücklich die Türkei, die PKK und andere in Frage kommenden Kreise aufgefordert werden, durch Aufnahme von Gesprächen die Kurdenfrage zu lösen.

Damit dieser Beschluß seinen Zweck erfüllt, wollen wir unseren Teil der Verantwortung übernehmen und die seit längerem andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Parteien beenden und die für dringend befundene Phase des Waffenstillstandes bekräftigen.

Der von der Türkei geführte sinnlose Krieg schadet unseren Völkern. Dieser hat beiden Völkern ideelle und materielle Verluste zugefügt sowie den Weg für jegliche Entwicklungen verschlossen. Da dieser Krieg keine grundlegende Lösung für die Konflikte sein kann, möchten wir unseren guten Willen durch die von uns getroffene Entscheidung für den Waffenstillstand bekräftigen.

Jedoch möchten wir mit Nachdruck erklären, daß unser Schritt weder mit den winterlichen Bedingungen noch mit einer militärischen Schwäche unsererseits in Zusammenhang zu bringen ist. In Südkurdistan haben wir eine wesentliche militärische Entwicklung erreicht. In vielen Regionen Kurdistans konnten wir im strategischen Bereich sichere Guerillastützpunkte errichten. Wir sind in Südkurdistan die stärkste und in Nordkurdistan die einzige Guerillabewegung.

Der Waffenstillstand ist kein Zeichen von Schwäche

Keiner sollte daran Zweifel hegen. Auch politisch befinden wir uns nicht in einem Zerfallszustand. Wie im Beschluß des Europaparlaments zum Ausdruck kommt, befinden wir uns, durch unsere

Beziehungen zu vielen Ländern, auch im Nahen Osten in einer Phase des Erstarkens. Unsere Isolation, die beabsichtigt war, haben wir durchbrochen.

Aufgrund des von ihr geführten Krieges ist die Türkei einem massiven Druck ausgesetzt. Nicht nur in ihrer Innenpolitik, auch in ihrer Außenpolitik befindet sie sich in einem Auflösungsprozeß. Bei einer realistischen Betrachtung der Türkei wird deutlich, daß ihre Innen- und Außenpolitik aufgrund der Kurdenfrage und der Menschenrechtslage nicht mehr funktioniert. Angesichts dieser Entwicklungen war es zwingend notwendig - auch zum Vorteil des türkischen Staates und Volkes - die Verkündung dieses politischen Schrittes nicht mehr weiter aufzuschieben, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Wenn es gewollt ist, können wir das Jahr 1995 mit einer Beendigung des Krieges abschließen. In diesem Rahmen erklären wir, falls die türkische Armee ihre Angriffe mit dem Ziel unserer Vernichtung nicht fortsetzt, werden wir unsererseits weder in der Türkei noch in Kurdistan Angriffe durchführen. Dieser Entschluß tritt ab dem 15.12.95 mit einem einseitigen Waffenstillstand in Kraft.

Es ist daher notwendig, daß die türkischen Spezialeinheiten und andere am Krieg beteiligte Kräfte einschließlich der Dorfschützer uns nicht mit der Absicht einer endgültigen Vernichtung angreifen. Halten diese sich an diese Bedingung, werden wir selbst von Angriffen Abstand nehmen. Anderenfalls werden wir uns verteidigen und von unserem Recht der Ergreifung von Gegenmaßnahmen in verstärktem Maße Gebrauch machen.

Lassen sich von der türkischen Seite glaubhafte Bemühungen für die Begrenzung der militärischen Operationen verzeichnen, werden wir offensichtlich die Kontrolle über unsere Einheiten noch stärker ausüben, um diese Phase zu vertiefen.

Ich betone noch einmal mit Nachdruck, dieser Schritt ist kein Zeichen unserer Schwäche. Im Gegenteil: Er verdeutlicht einerseits unser Selbstvertrauen und andererseits den für uns primären Wunsch, einen Beitrag zur Beschleunigung des Prozesses für eine politische Lösung zu leisten. Insbesondere von den Parteien dieser Wahlphase und von der Öffentlichkeit erwarten wir, daß sie diese Sachlage genau bewerten. Doch wenn diese die Realität verzerren, indem sie davon ausgehen, „die PKK ist geschwächt und am Ende, deshalb legt sie die Waffen nieder“, wird ihre bereits verheerende Lage sich nur noch weiter verschlimmern. Es sollte die Aufgabe eines jeden türkischen Staatsbürgers und Demokraten sein, einen Krieg, den einige Generäle und Personen zur Absicherung ihrer Macht sowie einige Kriegstreiber aus Gründen des Profits fortentwickeln, abzulehnen.

Duldet das Europaparlament den Krieg oder tritt es ihm entgegen?

Die Türkei ist nun Mitglied der europäischen Zollunion geworden. In Anbetracht dieser Gegebenheiten sollte das Europaparlament die Verantwortung für die von ihm übernommenen Aufgaben wahrnehmen. Infolge der türkischen Mitgliedschaft stellt sich die Frage, ob das Europaparlament den Krieg befürwortet oder nicht. Wenn das Europaparlament tatsächlich diesen Krieg ablehnt und glaubhaft ist bezüglich einer politischen Lösung und zu den

aus diesem Anlaß von ihm verabschiedeten Beschlüssen steht, dann müßte es tätig werden. Es dürfte nicht den Befürwortern des Spezialkrieges und einigen Bürokraten die Gelegenheit geben, die Türkei in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln. Sein politisches und wirtschaftliches Gewicht sollte es zu diesem Zweck nachdrücklich einsetzen. Die von ihm für die Türkei geleistete Unterstützung müßte von einer Demokratisierung abhängig gemacht werden. Falls das Europaparlament seine Hilfe an keine Bedingungen knüpft, wird jeder finanzielle Beitrag für die Türkei für den Krieg ausgegeben. Das Europaparlament sollte sich nicht für die Vorgehensweise der Türkei instrumentalisieren lassen. Aus diesem Grund sollte es für die weitere wirtschaftliche Unterstützung den Waffenstillstand zur Bedingung machen.

Die europäischen Staaten und insbesondere ihre Regierungen haben in diesem in Kurdistan stattfindenden Krieg Partei ergriffen. Wir sind in Kenntnis davon, daß vor allem Deutschland, England und Frankreich unter Ausschluß der eigenen Öffentlichkeit die Türkei mit militärischen und wirtschaftlichen Mitteln unterstützen. Die Mitglieder des Europaparlaments strebten ursprünglich an, die Mitgliedschaft der Türkei von einer politischen Lösung der Kurdenfrage und einem Demokratisierungsprozeß abhängig zu machen. Jedoch konnten diesem dem Druck der eigenen Regierungen nicht standhalten und nahmen Abstand von ihrer Zielsetzung. Wenn das Europaparlament seine eigenen Grundprinzipien nicht verletzen möchte, so möchte ich seinen Mitgliedern folgendes übermitteln:

Die Türkei ist Mitglied der Zollunion geworden. Sie hält sich nicht an die Grundsätze der Menschenrechte und der Demokratie. Sie erkennt nicht einmal die Identität eines Volkes an, stattdessen setzt sich dieses Volk einem Völkermord aus. Nehmen Sie Partei für diese Regierung ein? Warum ist Ihre Unterstützung schrankenlos? Diese Fragen bedürfen einer Erklärung. Sie üben unter diesen Bedingungen durch die türkische Mitgliedschaft eine Kontrolle aus. Diese Tatsache bedeutet gleichzeitig, daß der Krieg in Kurdistan ebenfalls unter ihrer Kontrolle steht.

Künftig ist dieser Konflikt zu einer Angelegenheit zwischen uns und den europäischen Staaten geworden. Von diesen sollten wir nicht als schwach und hilflos bewertet werden. Desweiteren ermahnen wir diese Staaten, diesen Krieg, in dem sie parteiisch sind, nicht wie bisher uns einseitig aufzuzwingen.

„Wir wollen keine Feindschaft mit Europa“

Wir wollen keine Feindschaft mit Europa. Allerdings sollte es dabei nicht versuchen, seinen eigenen Prinzipien und seinem Demokratieverständnis zuwiderzuhandeln. Auch wenn für die europäischen Staaten die Türkei als Wirtschaftsmarkt von Bedeutung ist, sollten sie dennoch dabei nicht ein Volk, das einer Vernichtung ausgesetzt ist und das aller Rechte beraubt ist, vergessen. Das Interesse an den Menschenrechten sollte nicht hinter ökonomischen Interessen zurückstehen.

Sollte diesen Tatsachen weiterhin keine Bedeutung beigemessen werden, wird nicht nur der Fundamentalismus, sondern alle Völker des Mittleren Ostens, vor allem das kurdische, die eu-

ropäischen Interessen besser erkennen und künftig durch die von ihnen unternommenen Schritte Europa in Bedrängnis bringen. Das sollte nicht als eine Drohung aufgefaßt werden. Ein militaristisches Regime wie das türkische, das über Jahre hinweg die Völker der Gewalt ausgesetzt hat, darf nicht bedingungslos unterstützt werden. Sollten sie weiterhin diesem Regime im selben Ausmaß ihre Unterstützung gewähren, wird uns die Legitimation für notwendige Handlungen geschaffen und erhalten das Recht, unabhängige Entscheidungen zu treffen.

Im Falle einer Nichtbeantwortung des Waffenstillstandes sollte Europa wissen, daß die Türkei, die bislang als wirtschaftlicher Markt und zugleich als Paradies des Tourismus galt, in ein Inferno verwandelt wird. Wir erklären erneut: so, wie wir ernsthafte Pläne für den Frieden entwickeln, sind wir auch imstande, diese für einen Kampf auszuarbeiten.

Warum will die türkische Regierung keine politische Lösung?

Wir wissen, daß sich die Türkei in einer großen Krise befindet. Abgesehen von dem Aspekt, Verhandlungen mit „Terroristen“ aufzunehmen, ist die Frage entscheidend, ob die Türkei gewillt ist, für ihr auch international als grundlegend bewertet Problem der Kurdenfrage eine politische Lösung herbeizuführen. Wenn ich ein „Terrorist“ bin oder die PKK „terroristisch“ ist, so gibt es andere kurdische Kreise, die nicht „terroristisch“ sind. Außerdem gibt es kurdische Persönlichkeiten, die mit dem „Terror“ nie in Verbindung standen. Weigert sich die Türkei, mit uns zu verhandeln, so hat sie die Möglichkeit, mit diesen in Verbindung zu treten. Wenn die Türkei nicht bereit ist, mit uns eine politische Lösung zu entwickeln, welchen Standpunkt hat sie dann gegenüber der Einleitung von Gesprächen mit den genannten Kreisen? Oder sind das auch „Terroristen“?

Da die vorgezogenen Wahlen in den harten Zeiten des Winters stattfinden, unterliegen diese in Kurdistan sehr schwierigen Bedingungen. Ein weiterer Punkt ist, daß nahezu drei Millionen Kurden aus ihren Wahlkreisen vertrieben worden sind. Von einem freien Willen des kurdischen Volkes kann daher keine Rede sein. Zudem ist der Zeitpunkt der Wahlen sehr bezeichnend. Wir waren dreimal Zeugen solcher Wahlen in den Jahren 1987, 1991 und zuletzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1995 gewesen, welche dem Volk aufgesetzt wurden. Diese fanden immer statt, wenn die Bevölkerung ihren Willen für Demokratie und gegen die Unterdrückung durch das Regime bekundet sowie seine Forderung nach einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage bekräftigt hat. Diese zeitliche Auswahl ist beabsichtigt, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Eine Wahlbeteiligung unter dem Aspekt, die kurdischen Identität zu vertreten, ist im voraus verboten worden. Durch einige Abkommen und Blockbildung haben wir 1991 versucht, in einer indirekten Weise den Willen des kurdischen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Bekanntlich wurde die Präsenz der kurdischen Abgeordneten im türkischen Parlament nicht geduldet. Folglich stehen auch diese Wahlen in keinerlei Zusammenhang mit der Demokratie. Trotz dieser Tatsachen wollen wir durch den Waffenstillstand das türkische und das kurdische Volk

bei seiner Wahl für den Block für Arbeit, Frieden und Freiheit unterstützen, um das beabsichtigte Spiel zu entlarven und um das Feld nicht der Führung des Spezialkriegs zu überlassen. Unter günstigen Bedingungen hätte dieser Block eine noch stärkere Entwicklung gezeigt. (...)

Ich gehe nicht davon aus, daß diese militaristische Regierung unseren Aufruf zum Waffenstillstand mit einer positiven Einstellung beantworten wird. Wie ich auch des öfteren erwähnt habe, ist es nicht unser Ziel, diese Regierung zu solch einem Waffenstillstand zu bewegen. Zeigt sie eine Akzeptanz diesem gegenüber, so ist dies eine positive Entwicklung. Eine gegenteilige Haltung wird die derzeitige tiefe Krise in der Türkei aufgrund der Wahlen noch weiter verschärfen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt glaubt ein großer Teil der Bevölkerung keinen der an den Wahlen beteiligten Parteien und hat sich hinsichtlich seiner Wahl noch nicht entschieden. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, daß die türkische Öffentlichkeit die Realität mehr als zuvor erkennt. In diese Richtung geht unser Aufruf. Unsere Völker werden einem gewaltigen Spezialkrieg ausgesetzt. Tagtäglich werden diese Umstände durch die Beschuldigung des „Terrorismus“ verfälscht. Es ist sehr wichtig, unseren Standpunkt über eine Lösung der Kurdenfrage innerhalb der bestehenden türkischen Grenzen und mit demokratischen Mitteln in aller Öffentlichkeit darzulegen. Denn die Öffentlichkeit ist einer intensiven Manipulation durch die psychologische Kriegsführung ausgesetzt. Einige politische Parteien, wie die des Mesut Yilmaz, haben erklärt, auch wenn es nur dem Anschein nach ist, daß sie in dieser Frage eine neue Haltung einnehmen werden. Mesut Yilmaz drückt sich ähnlich wie Özal in seiner letzten Phase aus, innerhalb von vier Jahren die Kurdenfrage zu lösen. Obwohl Yilmaz Vergangenheit zu keinerlei Hoffnungen Anlaß gibt, können wir zum jetzigen Zeit-

punkt die Frage, ob er guten Willens ist, nicht ignorieren.

Sollte er aber die kurdische Frage nicht lösen, wird er wie vor vier Jahren eine Niederlage erleiden. Yilmaz sollte aus der Praxis der CHP und DYP (die beiden derzeit in der Türkei amtierenden Regierungsparteien, Anm. d. Red.) seine Konsequenzen ziehen. Die CHP versagte aufgrund ihrer doppelbödigen Politik in der Kurdenfrage. Die DYP befindet sich in einer ähnlichen Situation, weil sie mit Vehemenz auf ihrem militaristischen Kurs beharrt.

„Jeder sollte die Möglichkeit haben, sich offen zu artikulieren“

Wir verkünden diesen Aufruf auch mit der Absicht, die Öffentlichkeit in einer zehntätigen Vorbereitungsphase für die Wahlen über die Umstände zu informieren. Jeder sollte die Möglichkeit haben, sich offen zu artikulieren und eine politische Lösung mit mehr Mut zum Ausdruck zu bringen.

Die internationale Dimension unseres Waffenstillstands ist unbedingt gegeben. Die USA, Europa u.a. verschiedene Länder haben einige Lösungsvorschläge in diesen Konflikt unterbreitet. Des

weiteren ist der Iran in der Region ein Machtfaktor und dabei, eine neue Kurdenpolitik zu gestalten. Die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung guter Beziehungen zu Rußland ist sehr hoch. In dieser Richtung haben uns bereits Aufrufe erreicht. Man bezeichnet uns immer noch bewußt als „terroristisch“. Wir möchten der Weltöffentlichkeit zeigen, wer die eigentlichen Terroristen sind, wer auf der politischen Lösung und dem Frieden, wer auf dem Krieg und den Massakern beharrt. All das weist auf die Entwicklung einer neuen Phase und auf die Herausbildung von einigen neuen Gleichgewichten auf dieser Basis hin.

Dieser Waffenstillstand ist keine Taktik, um nur den Tag zu retten. Auch wenn zweifelsohne unser Entschluß im allgemeinen Sinn als taktisch zu betrachten ist, ist dies dennoch eine wertvolle Vorgehensweise, um die Zukunft zu sichern, den Friedens- und Demokratisierungsprozeß sowie einer politischen Lösung den Weg zu ebnen. Wenn von uns immer wieder ein bedingungsloser und keine Lösung beinhaltender Waffenstillstand gefordert wird, so ist das eine unberechtigte Forderung. Wir werden uns nicht ergeben, werden aber auch nicht in eine Kriegshysterie verfallen.

len. Wir können den Krieg noch weiter verschärfen. Jedoch sind wir keineswegs Anbeter des Krieges. Zumindest muß aber die Gegenseite zum politischen Dialog bereit sein.

Wieso fürchtet man sich davor, mit uns zu verhandeln? Ich möchte in Gegenwart des Volkes unsere Ziele offenlegen. Wenn das Volk mich nicht akzeptiert, werde ich mich der Entscheidung des Volkes beugen. Wieso wird diese Sachlage ignoriert? Diejenigen, die auch nur ein wenig Demokratieverständnis besitzen, sollten dies ohne weiteres begreifen.

„Die Unterdrückung der Kurden schadet auch den Türken“

Alle ideellen und materiellen Reichtümer der Region können in den gemeinsamen Genuß unserer Völker gelangen. Die Unterdrückung des Kurden schadet auch dem Türken. Von der Leugnung der kurdischen Identität ist auch die türkische Bevölkerung betroffen. Das gemeinsame Zusammenleben der Völker und alle ihre gesamten historischen Reichtümer dürfen nicht für Kriegstreiber und Bürokraten geopfert werden. Quelle: „Kurdistan-Rundbrief“, 20/95



Die Wahlkampfkundgebungen der HADEP in Kurdistan waren vielfach große Demonstrationen für kurdische Forderungen. In Diyarbakir z.B. beteiligten sich an der Abschlussskundgebung der HADEP am 22. Dezember 100.000 Menschen. (Foto aus: „Özgür Politika“)

Schüssel gescheitert, leichter Dämpfer für Haider

Bei den Wahlen in Österreich gewann die SPÖ Stimmen, aber die Rechte drückt weiter

Die Sozialdemokraten sind mit Stimmengewinnen von 3,4 Prozent ebenso deutlich wie unerwartet als Sieger aus den Parlamentswahlen am 17. Dezember hervorgegangen. Die konservative ÖVP hat ihr erklärtes Ziel, stärkste Partei zu werden, mit einem lediglich geringfügigen Zuwachs von 0,1 Prozent deutlich verfehlt. Die FPÖ, die getönt hatte, man werde jetzt stimmenmäßig mit der ÖVP und der SPÖ gleichziehen, hat zum ersten Mal seitdem Haider Parteivorsitzender ist, Verluste hinnehmen müssen (minus 0,7 Prozent). Eine endgültige Entscheidung über den künftigen Weg Österreichs ist mit diesem Wahlausgang jedoch nicht gefallen, sie ist wohl noch einmal vertagt worden.

Bei dieser Wahl stand mehr als nur die Zusammensetzung der künftigen Regierung zur Debatte, es ging um eine Richtungsentscheidung. Der Vorsitzende der Konservativen Volkspartei, Wolfgang Schüssel, hatte die Budgetverhandlungen zum Anlaß genommen, die Koalition mit der sozialdemokratischen SPÖ platzen zu lassen. Schüssel witterte die Chance, bei vorgezogenen Neuwahlen den amtierenden Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) ablösen und nach einem Wahlsieg der ÖVP selbst an dessen Stelle treten zu können. Die Konservativen wollen die Fesseln, die ihnen die Koalition mit den Sozialdemokraten vor allem im sozialpolitischen

Bereich anlegt, endlich abstreifen. Die ÖVP verfolgt das Ziel, die Budgetprobleme - es geht vor allem um den Abbau der hohen Staatsverschuldung - durch einen rabiatischen Sozialabbau auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung zu lösen und gleichzeitig die Kapitalisten zu entlasten, indem Steuern gesenkt, Löhne gedrückt und Arbeitszeiten flexibilisiert werden. Diese „Reform des Sozialstaats“ hat man zwar auch schon in der großen Koalition in Angriff genommen, sie geht den Konservativen aufgrund des zwar oft halbherzigen, aber doch vorhandenen Widerstands der SPÖ jedoch viel zu langsam. Um seine Ziele durchzusetzen, war und ist Schüssel sogar bereit, eine Koalition mit der rechtsextremen FPÖ Jörg Haider einzugehen, eine Absicht, die allerdings in der ÖVP nicht unumstritten ist.

Haider hat mit seinen zur Bewegung umgetauften „Freiheitlichen“ im Wahlkampf deutlich faschistische Akzente gesetzt. Offene, infame Hetze gegen die ausländische Bevölkerung und Flüchtlinge war einer der zentralen Punkte fast jeder Wahlveranstaltung Haider, die Bekämpfung angeblicher „Sozial-schmarotzer“ gehörte ebenso ins Wahlkampf-Repertoire wie eine Kampagne gegen kritische Intellektuelle („Lieben sie Scholten, Peymann, ... oder Kultur“). Die deutschen Tagesthemen hatten am Vorabend der Wahlen über einen kürzlichen Auftritt Haider bei einem SS-Ve-

teranentreffen berichtet, wo er lobende Worte für alte Nazis fand. Kurz nach den Wahlen bekräftigte der FPÖ-Chef seine Ausführungen im österreichischen Fernsehen. Der Waffen-SS komme als Teil der Wehrmacht alle Ehre und Anerkennung zu. Daß die Waffen-SS bei den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisation aufgelöst wurde, interessiere ihn überhaupt nicht.

Der Wahlerfolg der SPÖ ist denn auch weniger auf die Attraktivität dieser Partei zurückzuführen, obwohl diese weitaus stärker als in den vergangenen Jahren die sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt hatte. Er ist das Ergebnis der breiten Ablehnung einer solchen „schwarz-blauen“ Koalition (blau ist die traditionelle FPÖ-Farbe). Das erklärt übrigens auch das schlechte Ergebnis der Grünen und der Sozialliberalen um Heide Schmidt, deren Verluste hauptsächlich den Sozialdemokraten zugute kamen. Auch die Tatsache, daß die SPÖ viele Nichtwähler mobilisieren konnte, deutet in diese Richtung.

Die bei einer Verbindung Schüssel-Haider zu erwartende Mischung aus katholisch-konservativer und faschistischer Politik wäre ja auch hochbrisant; ein Generalangriff auf die sozialen und demokratischen Rechte und Errungenschaften der österreichischen Gesellschaft ließe nicht lange auf sich warten.

Die Ausgangssituation hat sich nach dem 17. Dezember jedoch nur graduell verändert. Für eine Ampelkoalition aus SPÖ, Grünen und Sozialliberalen reicht es nicht. Die SPÖ muß also wieder in eine Koalition mit der ÖVP, will sie eine Regierungsmehrheit im Parlament zustandebekommen. Vranitzky und Schüssel verhandelten bei Redaktionsschluß über eine Neuauflage der rot-schwarzen Koalition. Obwohl eine große Wählermehrheit sie abgelehnt hat, ist eine ÖVP-FPÖ-Koalition rechnerisch nach wie vor möglich. Schüssel ging dementsprechend großmütig in die Koalitionsverhandlungen und erklärte ein „mutiges“ Sanierungsprogramm (also Sozialabbau) zur Grundbedingung seiner Partei. Er warte, daß „die Einsicht Platz greift“.

Haider, der nicht zu Unrecht darauf verweisen konnte, daß sich seine „Bewegung“ trotz eines teilweise faschistischen Wahlkampfes und seines SS-Kameradenauftritts auf einem hohen Niveau von deutlich über 20 Prozent konsolidiert hat, gibt sich gelassen: er setzt darauf, daß eine Neuauflage der großen Koalition aufgrund der gravierenden Differenzen zwischen der SPÖ und der ÖVP nicht lange hält. Schafft er den Sprung zum Vizekanzler also nicht schon jetzt, erwartet er sich eine deutlich bessere Ausgangsposition, wenn das rot-schwarze Bündnis erneut platzen sollte. (jüg)

Frankreich: Der Kampf geht weiter

Regierung macht Zugeständnisse, aber nicht bei den Sozialversicherungsplänen

Am 21. Dezember hatte Ministerpräsident Juppé Gewerkschaften und Unternehmerverbände zum „Sozialgipfel“ eingeladen. Am selben Tag sind erneut Hunderttausende den Aufrufen der Gewerkschaften gefolgt und haben im ganzen Land gegen die Pläne der Regierung Juppé demonstriert. Der Regierung ist es im Verlauf der Streiks im öffentlichen Dienst nicht gelungen, die Streikenden zu isolieren oder die Solidarität zwischen den recht unterschiedlichen gewerkschaftlichen Organisationen zu hintertreiben. Umgekehrt ist es den Gewerkschaften nicht in nennenswertem Umfang gelungen, Beschäftigte aus der privaten Wirtschaft in die Streikbewegung einzubeziehen. Die

französischen Gewerkschaften verfügen über keine finanzielle Rücklagen für Streiks und der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedrig mit weniger als zehn Prozent der Beschäftigten.

Juppé mußte, um die Streikbewegung einzudämmen, den Beschäftigten der staatlichen Eisenbahn SNCF zusichern, daß die bestehende Altersregelung vorerst nicht angetastet wird. Über die geplanten Entlassungen und Streckenstilllegungen soll neuerlich verhandelt werden. Die Beschäftigten der SNCF haben nach diesen Ankündigungen ihren Streik beendet bzw. ausgesetzt.

Konkrete Ergebnisse, die den Forderungen von Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen entgegenkommen,



brachte das Treffen am 21. Dezember nicht. Die Gewerkschaften und die Protestbewegung richten sich darauf ein, daß die Aktionen und Streiks im neuen Jahr wieder aufgenommen bzw. fortgesetzt werden müssen. Ohnehin sind angesichts der überwältigenden parlamentarischen Mehrheiten der Rechten keine anderen Möglichkeiten vorhanden, um die Regierungsvorhaben zu stoppen oder gar zu Fall zu bringen. Der Regierungschef vermied es auf dem Treffen, sich den Forderungen der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen zu stellen.

Juppé hat auf dem „Gipfel“ als „Reaktion“ auf die Streikbewegung stattdessen folgende Absichten angekündigt:

1. Die Regierung will Hemmnisse beseitigen, um Spareinlagen für die Ankurbelung des Konsums freizumachen.

2. Anreize zur Altbaumodernisierung und zum Wohnungsbau sollen die Konjunktur befördern.

3. Nach der Einführung neuer Sozialabgaben zum Jahresanfang 1996, zur Sanierung der Sozialversicherung vorgesehen, soll es einstweilen keine wei-

teren Steuererhöhungen geben.

4. Als „Zeichen der Hoffnung vor Weihnachten“ sollten sich alle Beteiligten verpflichten, bis Ende 1996 250.000 neue Arbeitsplätze für Berufsanfänger zu schaffen.

Und schließlich soll nach dem Willen des Ministerpräsidenten der öffentlichen Dienst die Vorreiterrolle bei weiteren Arbeitszeitflexibilisierungen spielen.

Juppé hat mitgeteilt, daß er insbesondere an seinen Plänen zur Verstaatlichung der Sozialversicherung festhalten wird. Gerade dieses Vorhaben ist an heftige Kritik gestoßen und hat die Sammlung des Widerstands in Streikaktionen und Demonstrationen beigetragen. Die Sozialversicherungen bedeuten für viele die wichtigste soziale Errungenschaft der französischen Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Kann sich Juppé in dieser Auseinandersetzung durchsetzen, hätte er neben der Privatisierung staatlicher Unternehmen einen weiteren schwerwiegenden Einstieg geschafft zur konservativen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. (map)



Für 1996 und 1997 sieht er finanzielle Mehrbelastungen in Höhe von 114 Mrd. Francs vor, allein 82 Mrd. Francs durch neue oder höhere Abgaben für soziale Sicherung. Der Rest soll durch Leistungskürzungen erreicht werden. Fast 90 Prozent der gesamten Belastungen zahlen die Lohnabhängigen und Armen. Der „Plan Juppé“ ist Programm zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Senkung der Renten, zur Einschränkung der medizinischen Versorgung bei höheren Krankenbeiträgen, zur Besteuerung von staatlichen Familienunterstützungen und deren Kürzung.

Wie demagogisch die französische Rechte bei der Durchsetzung ihrer Maßnahmen vorgeht, zeigt z.B. die aktuelle Kampagne zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit: Balladur setzte 1993 gegen die Beschäftigten der privaten Wirtschaft durch, daß die Lebensarbeitszeit von 37,5 auf 40 Jahre verlängert wurde. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurden danach umgehend zu „Privilegierten“ erklärt, denen ihr „Privileg“ jetzt genommen werden soll.

Um solche Maßnahmen fortsetzen zu können, will Juppé die Verwaltung der Sozialversicherungen unter die Fuchtel des Staates stellen. Das würde auch den gewerkschaftlichen Einfluß empfindlich treffen.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Juppés Ankündigung des Plans in der Nationalversammlung am 15. November 1995:

„Wir richten zuerst ein allgemeines Krankenversicherungswesen ein. Es bestehen aktuell neunzehn verschiedene, was eine Quelle der Ungleichheit, der Komplikationen und Mehrkosten ist. Ein allgemeines System eröffnet

das Recht auf dieselben Leistungen für alle, unter der Bedingung eines regulären Wohnsitzes in Frankreich. Es erlaubt, die Beitragszahlungen aller Kassen zu harmonisieren ... Es wird kein einheitliches System sein, denn es bleibt kompatibel mit der Organisation von Kassen auf Grundlage von Berufen. Aber es erlaubt eine drastische Vereinfachung der Beziehungen zwischen den Systemen und den Beitrittsbedingungen. Es bringt die Garantie, daß die gesamte Bevölkerung effektiv durch eine Krankenversicherung geschützt wird. Mit einem Wort: Alle

Franzosen sind gut versorgt.

Im Namen der Gerechtigkeit wollen wir zweitens die Gleichheit bei der Rente verbessern ... Neben den Grund- und den Ergänzungssystemen und um auf die Zukunft besser vorbereitet zu sein, favorisieren wir die Einrichtung einer Rentensparkasse. Das schließt die dazugehörenden finanziellen Bestimmungen ein: eine Reform der obligatorischen Beiträge, die die Regierung Ihnen am Anfang des nächsten Jahres vorschlagen wird.

Im Namen der Gerechtigkeit werden wir die Reform der verschiedenen Rentensysteme beginnen. Es handelt sich darum, die notwendigen Maßnahmen zum Ausgleich dieser Systeme zu präzisieren, insbesondere die Modalitäten für eine Verlängerung der Rentenbeitragszahlungen von 37,5 Jahren auf 40 Jahre, um eine Rente in voller Höhe zu erhalten.

Es handelt sich zweitens darum, die Schaffung einer Rentenkasse für die

Beschäftigten des öffentlichen Staatsdienstes anzugehen, wie bereits eine Kasse für die Beschäftigten der kommunalen Verwaltungen besteht. Das soll die Durchsichtigkeit des Systems bewirken. Ich werde ohne Verzug die Kommission zur Reform der Rentensysteme einsetzen, die mir innerhalb von vier Monaten die Maßnahmen in diese Richtung vorschlagen wird. So wird die Gleichheit der Franzosen bei der Rente Fortschritte machen.

Im Namen der Gerechtigkeit werden wir drittens unsere Anstrengungen verstärken, die Familienpolitik gerechter und wir-

kungs-voller zu gestalten. Die

Franzosen sind sensibel gegenüber Ungerechtigkeiten des Systems, das familiäre Unterstützung gewährt ohne die finanziellen Bedingungen zu berücksichtigen, ohne Steuern, nach einer Regelung, die die Familiengröße zur Grundlage macht. Eine Mehrheit der Öffentlichkeit hat sich davon abgewandt und wünscht ... eine Steuer auf die familiären Unterstützungsleistungen zu erheben ...

Das wird die Regierung 1997 mit einer Reform der Abgaben angehen. Das entbindet uns übrigens nicht davon, den Schwung für eine starke Politik für die Familien wieder in Gang zu setzen ...

Im Namen der Gerechtigkeit unternehmen wir schließlich eine vierte Reform: die der Finanzierung der sozialen Sicherung. Jeder gibt zu, daß das derzeitige Finanzierungsmodell ungünstig für die Beschäftigung ist, weil die Abgaben auf den Beschäftigten lasten

und somit die allgemeinen Arbeitskosten in die Höhe treiben. Wir werden, um diesen schweren Mangel zu beheben, in drei Richtungen handeln:

- Reform der Sozialversicherung durch Stärkung der finanziellen Grundlagen;

- Umverteilung eines Teils der Krankenbeiträge der Beschäftigten, um dadurch die Sozialversicherung zu stärken;

- Reform der Beiträge der Unternehmen, deren Fundament vielfältiger gestaltet werden muß ...

Es handelt sich um eine Änderung der Strukturen zur Finanzierung der Sozialversicherung, sie wird sich natürlich in Etappen vollziehen und darauf abzielen, aus der Sozialversicherung eine voll und ganz auf Sozialbeiträgen beruhende Kasse zu machen.

... Die Regierung gibt sich nicht mit erneutem Flickwerk an der Sozialversicherung zufrieden, sie will eine Reform, deren Wirkung anhält. Die vier Reformen, die ich vorstelle, bewirken schon selber eine strukturelle Änderung, eine Umverteilung ohne Beispiel in der Geschichte unserer sozialen Sicherung seit mehr als dreißig Jahren. Aber wir müssen weiter gehen. Man muß die Mechanismen in Gang setzen, die eine dauerhafte Gerechtigkeit des Systems sicherstellen. Und um das zu erreichen, gibt es nur ein Mittel: der Appell an die Verantwortung, die wie der Präsident der Republik anlässlich des 50. Geburtstages der Sozialversicherung betont hat, eines der Fundamente unserer sozialen Sicherung darstellt. Aber es reicht nicht, sich mit dem Wort Verantwortung zufrieden zu geben, es muß in den Alltag der Sozialversicherung eingeführt werden.“

Der „Plan Juppé“

Immer noch kein sicherer Frieden in Angola

Nach 30 Jahren Bürgerkrieg herrscht tiefes Mißtrauen Von Jochen Berger

Nach den von der UNO observierten Wahlen im September 1992 begann die heißeste Phase des fast schon dreißig Jahre währenden Bürgerkriegs zwischen der MPLA-Regierung und der Unita in Angola. In nur zwei Jahren Krieg kamen mehr als 300 000 Menschen (in den Jahren zuvor 30 000) um, dazu noch mehr als eine Million Verletzte, darunter viele Minenopfer, besonders in der Zivilbevölkerung. Über 1,5 Millionen Menschen verließen Angola. Fünf Provinzstädte wurden fast völlig zerstört, und viele Dörfer fielen in Schutt und Asche. Präsident dos Santos nannte eine Summe von über zwölf Milliarden materiellen Schadens für das Land.

Am 29./30.9.1992 stimmten 53,74% der wahlberechtigten Bevölkerung für die MPLA, wodurch sie als Regierungspartei in das Parlament einzog, und auch ihr Präsidentschaftskandidat Jose Eduardo dos Santos erreichte mit 49,5% aller Stimmen zwar nicht die erforderlichen 50%, aber doch gegenüber dem Kandidaten der Unita Jonas Savimbi (40,07%) die Mehrheit. Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs bestätigte am 1. Oktober, daß die Wahlen unter UNO-Aufsicht frei und fair verlaufen seien.

Nur – mit diesem Wahlausgang hatte man national und international nicht gerechnet. In westlichen Ländern wurde Savimbi als kommender Präsident Angolas schon im voraus gefeiert. In der Regierungspartei und in der Armee brach Panik aus. Regierung, Staatssicherheit und Armee bereiteten sich auf den Abgang vor, was den Versuch einschloß, möglichst keine Spuren zu hinterlassen, Papier zu beseitigen oder sich gegebenenfalls auf die andere Seite zu orientieren. Verheerende Folgen hatte diese Annahme für die FAPLA (Forças Armadas Populares de Libertação Angolana – Angolanische Befreiungsarmee). In Übereinstimmung mit den Vereinbarungen von Bicesse (Mai 1991) wurde sie am 27.9.92, zwei Tage vor den Wahlen, so wie auch die Unita, formal für aufgelöst erklärt. Im Gegensatz zur Unita war sie zu 80% schon in die neue Armee FAA (Forças Armadas Angolanas – Angolanische Bewaffnete Kräfte) überführt worden. Soldaten wurden entlassen, Kriegsmaterial verkauft und Kasernen geräumt. Um Savimbi bei seinem Einzug in Luanda einen heißen Empfang zu bereiten, verteilte die Regierung einige tausend Handfeuerwaffen unter der zivilen Bevölkerung Luandas, die sich auch heute noch in deren Besitz befinden.

Die Unita und Savimbi, die das Wahlergebnis nicht akzeptieren wollten, verbreiteten die Mär des Wahlbetruges und der Fälschung. Die Generale der Unita verließen das gemeinsame Oberkommando der FAA in Luanda. Bewaffnete Auseinandersetzungen verstärkten sich, und die Unita besetzte strategisch wichtige Punkte im Lande, drang in größere Städte und Dörfer vor, verjagte die Regierungsvertreter und machte sich erneut zum Herren der ehemals dominierten Gebiete. Die Regierung wurde überrascht, und die Armee war nicht in der Lage zu reagieren. In der Folge nahm der Krieg an Heftigkeit zu, und die Regierungsarmee, die versuchte, ihre Schwächephase zu überwinden, attackierte die von der Unita eingenommenen Positionen. Die UN-Mission UNAVEM II, deren Beobachterstatus nachträglich zehnmal verlängert wurde, sah sich gezwungen, sich auf einige wenige Städte zu konzentrieren und über

zehn Beobachterposten in den Kampfgebieten zu verlassen, was als schwerer Rückschlag für die bisherigen Friedensbemühungen der UNO zu bewerten war.

Die Systemkonfrontation war beendet und die UdSSR, die gemeinsam mit Kuba und anderen Ostblockländern führend die MPLA unterstützte hatte, politisch nicht mehr existent. Angola, zum Opfer der Systemauseinandersetzung geworden, verblieb weiter im Kriegszustand. Mit dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialmacht hatte in Angola die bewaffnete

Auseinandersetzung rivalisierender Parteien und Gruppen begonnen. Die MPLA hatte ihre Macht durch die Unterstützung der zeitweilig bis auf 50 000 Mann aufgestockten kubanischen Truppen gesichert. Die Unita wurde politisch und militärisch vom Westen unterstützt. Das südafrikanische Apartheidregime, das gegen alle Völker des südlichen Afrika Krieg führte, intervenierte (zeitweilig zusammen mit Zaire) militärisch und führte offenen Krieg gegen das angolanische Volk. Die innerangolanische Auseinandersetzung wurde internationalisiert: Angola mußte sich am 11.11.1975 seine Unabhängigkeit teuer erwerben. Das Land wurde in den folgenden 20 Jahren in einen Kriegsschauplatz verwandelt, und nach Beendigung des Stellvertreterkrieges ist die Auseinandersetzung Regierung – Unita noch immer nicht mit einem Friedensvertrag beendet. Der Waffenstillstand ist nach wie vor nicht stabil, da die Rivalität auf politisch-diplomatischer Ebene fortgesetzt wird.

Erst 1994 gelang es, nach langen, schwierigen Verhandlungen zwischen Regierung und Unita, durch Vermittlung der UNO das Protokoll von Lusaka (20.11.1994) abzuschließen. Die Regierungstruppen hatten zu diesem Zeitpunkt die Unita aus wesentlichen strategischen Gebieten vertrieben und wichtige Gebiete (z.B. solche mit Diamantenvorkommen) zurückerobert. Beide Seiten verspürten, daß es keinen Sieger geben werde. Die Unita, seit 20 Jahren einen Guerillakrieg führend, war ihrerseits stark geschwächt, aber militärisch nicht besiegt, was es ihr immer wieder ermöglicht, die Regierung unter Druck zu setzen.

Das Lusaka-Protokoll sieht die Rückkehr der Regierungsarmee (FAA) in die Kasernen und die Kasernierung der Unita-Truppen (FALA), ihre Entwaffnung und Demobilisierung vor, wobei von beiden Seiten 20 000 Mann zu einer neuen Armee (FAA) zusammengeführt werden. Nach Abschluß dieser Phase wird eine gemeinsame Regierung gebildet, und es werden die Präsidentenwahlen wiederholt, da keiner der Kandidaten im September 1992 über 50% der Stimmen erreicht hatte.

Zur Sicherung und Verifizierung des Friedensprozesses beschloß der UN-Sicherheitsrat die UN Angolan Verification Mission – UNAVEM III. Ende Oktober 1995 waren in Angola rund 7000 Militär- und 350 Polizeibeobachter eingesetzt. Schlußfolgernd aus der gescheiterten UNO-Mission 1992 sollen nun erst alle Voraussetzungen für die Demobilisierung der Unita und die Bildung einer einheitlichen angolanischen Armee FAA geschaffen werden, ehe man zur politischen Verwirklichung des Lusaka-Protokolls, der Aussöhnung und der Schaffung gemeinsamer Regierungsorgane übergeht.

Immer noch herrscht tiefes Mißtrauen zwischen beiden Seiten. Nach einem Jahr Lusaka-Protokoll sind kaum effektive Schritte für die Rücknahme der Regierungstruppen aus ihren Stellungen in die Kasernen und keine zur Kasernierung der Unita in den Konzentrationsräumen, für die 15 Camps ausgewählt und errichtet werden, getan worden. Im Gegenteil, beide Seiten beschuldigen sich beständig der Verletzung des Protokolls. Erst kürzlich verbreiteten Unita-

Vertreter und -Agenturen, daß von Unita-Soldaten gekidnappte Südafrikaner in der Provinz Lunda Norte den Auftrag hätten, ein Attentat gegen Jonas Savimbi durchzuführen. Es handelte sich bei diesen Personen um Spezialisten, die für eine südafrikanische Firma in Angola arbeiten. Das war aber auch der willkommene Anlaß, um erneut Verhandlungen zu verzögern und neue Forderungen zu stellen, denn die angolanische Seite wird nun beschuldigt, Söldner in ihren Reihen zu beschäftigen. Hinzu kommt, daß in einigen Provinzen eine angespannte militärische Lage herrscht. Nach wie vor gibt es Feuerüberfälle, Minen werden erneut verlegt und Menschen getötet. Die Regierung und die FAA sitzen in den größeren Städten der Provinzen, wogegen die Unita noch in weiten Teilen des Landes das Dorf und den Busch beherrscht. Der Krieg in Angola wird auf kleiner Flamme weiter am Kochen gehalten.

Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, Blondin Beye, konstatierte zwar, daß die Zahl der Zwischenfälle wesentlich zurückgegangen ist, zeigte sich aber auch sehr unzufrieden mit der Verwirklichung des Lusaka-Protokolls. Die Schwäche der UN-Mission besteht eben gerade darin, keine andere Möglichkeit als die der Verhandlungsführung zu haben, wobei sich die Verhandlungen als sehr schwierig erweisen. Die Unita weiß um ihre Vorteile: Militärisch ist sie im Buschkrieg nicht zu besiegen. Das Lusaka-Protokoll war für sie ein Gewinn, garantiert ihr und ihren Führern einen wichtigen Platz im politischen Leben Angolas. Sie werden wichtige politisch, militärische und di-

plomatische Posten erhalten. Und – es gibt keinen rigorosen Zeitplan für die Verwirklichung des Protokolls, noch viel weniger für die erforderliche Nachwahl des Präsidenten. Setzt die Unita die Regierung beständig unter Druck, gewinnt sie Zeit und bessere Positionen am Verhandlungstisch. Savimbi hat Zeit. Diese Übergangsphase, in der keine politischen Entscheidungen über seine Rolle fallen werden, kann er nutzen, um sich aufzuwerten und seine Partei und Parteilite, die Jahre hindurch im Busch gelebt hat, auf normale Gleise zurückzuführen. Savimbis Platz wird erst durch ein noch abzuschließendes Friedensabkommen bestimmt werden.

Wenn jetzt die Unita-Delegation wieder an den Verhandlungstisch nach Luanda zurückgekehrt ist, so war die Unterbrechung der Tätigkeit der Gemeinsamen Kommission Teil dieser Strategie. Gleichzeitig ist die Unita jedoch gezwungen, äußerem Druck nachzugeben, da sie international weitgehend isoliert ist. Alle wesentlichen westlichen Länder, besonders auch die USA, üben starken Druck auf beide Seiten aus, den Friedensprozeß voranzutreiben. Die UNAVEM-Truppen sollen dabei helfen.

Angola ist ein wichtiges Land zwischen Schwarz-Zentralafrika und dem Süden des Kontinents. Es ist reich an Bodenschätzen, und durch sein Gebiet führen wesentliche Verkehrsadern Richtung Zaire (Benguela-Bahn). Wirtschaftlich befindet sich das Land in einer tiefen Krise, und mit einer hungernen Bevölkerung, die immer wieder vor dem Krieg in die Nachbarländer ausweicht und diese belastet, stellt es einen Störfaktor dar, wenn es um die Ausweitung politischer und wirtschaftlicher Interessen geht. Angola, das sich durch seinen sozialistischen Versuch aus dem kapitalistischen Weltmarkt ausgespart hatte, soll nun wieder voll integriert werden. Solange das ehemalige Apartheidregime und die Savimbi-Unita gut waren, um Fortschritte auf diesem Wege zu verhindern, wurden sie allseitig vom Westen unterstützt. Jetzt wirkt Savimbi störend und ist lästig.

Aber auch der Westen muß mit den Realitäten leben, die ein zerstörtes und zerstrittenes Land zu bieten hat. Noch lange Zeit wird benötigt werden, um die Wirtschaft des Landes wiederaufzubauen und dem Volk genügend zu essen zu geben. Bei einer Inflation von 222,3% (Dezember 1993 bis August 1994) und einem Anstieg der Verbraucherpreise um ca. 70% (August 1994) wird es schwerfallen, schnell soziale Verbesserungen zu erreichen. Angola wird noch lange auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sein. Es wird lange dauern, ehe die rund acht Millionen Minen geräumt sind und die Bevölkerung nicht mehr terrorisieren. Es wird lange dauern, bis der angolanische Bauer wieder in Ruhe sein Feld bestellen kann. Aber auch die Geduld des Volkes ist einmal am Ende. Am 21. September 1995 erließ die Gewerkschaft einen Streikaufruf, der nur durch sofortige Zusagen der Regierung zur Erhöhung der Löhne und die Ausgabe von Lebensmitteln verhindert werden konnte. Tausende Menschen drängen nach Angola zurück. Luanda, die Hauptstadt, ist mit zwei Millionen Menschen vierfach überbesiedelt, und das Straßenbild wird von der allgemeinen Armut geprägt. Das Land braucht Ruhe und Frieden, nur – ob das, was getan wird, ausreicht, um dem Lande voranzuhelfen?



Auch weiterhin werden vor allem Kinder durch Minen verstümmelt

Radikal-Demonstration

Trotz allem eine erfolgreiche Demonstration

Rund 4700 Menschen aus Hamburg und der ganzen Bundesrepublik demonstrierten am 16.12. gegen die Staatsgewalt, die mit den Verfahren vom 13.6., der Verfolgung der Zeitschrift radikal mit dem § 129 die Unterdrückung linker Opposition ein weiteres Mal eskaliert und mit Repressionsmethoden aus der dunkelsten Zeit der KPD-Verfolgung verschärft hat. In der Demonstration, und das machte ihre eindeutige politische Stärke aus, kamen viele Momente der Gegenwehr zum Ausdruck – gegen Abschiebepolitik und Abschaffung des Asylrechts, gegen den Einsatz von Bundeswehr und Nato in Jugoslawien, gegen die Kurdenverfolgung, für die Freilassung aller politischen Gefangenen ...

Eben die Staatsgewalt, gegen deren Entfesselung demonstriert wurde, ließ von Anfang an wenig unversucht, die Demonstration zu unterbinden.

Auflagen, von der Polizei verhängt und gerichtlich bestätigt, sollten sie aus der belebten Innenstadt völlig heraushalten und in unbelebte Gebiete drängen, so daß die Vermittlung der politischen Forderungen – vor allem Einstellung der Verfahren vom 13.6. und Aufhebung der Haftbefehle sowie der §§ 129 und 129a – an die Öffentlichkeit extrem eingeschränkt und das Demonstrationsrecht bis zur Unkenntlichkeit verbogen wurde. Die aus der Innenbehörde sorgsam gefütterte Medienhetze erreichte unmittelbar zur Demonstration ihren ersten Höhepunkt. Sie legitimierte einen

Polizeieinsatz, wie ihn Hamburg lange nicht mehr gesehen hat: Einkesselung der Demonstration wie einen Gefangenentransport, schweres Gerät en masse, am Gänsemarkt tiefgestaffelte Polizeiketten vor acht Wasserwerfern und ungezählten Panzerwagen, Sperrung von Teilstrecken der U-Bahn-Linie 2, später dann in der Innenstadt alle paar

Meter doppelte Polizeiketten, die Passanten den Weg versperren, sie teilweise kontrollierten und willkürliche Festnahmen vornahmen ...

Das politische Ziel der Staatsaktion war nicht zu verkennen: die Demonstration sollte isoliert, ihre Ziele diskreditiert werden. Erfahrung zeigt, daß wie Verbote wirkende Auflagen und derart martialische Polizeieinsätze provozieren und das herausfordern, was vorgeblich verhindert werden soll. Daß die Demonstration diszipliniert agierte, ließ die Polizeiprovokation ins Leere laufen. Über die Ausrichtung

der Polizeieinheiten gibt vielleicht die Äußerung eines bayerischen Polizeioffiziers Aufschluß, der auf die Frage, was sie so massenhaft in der Mönchbergstraße zu suchen hätten, freierantwortete: „Wir fegen das linke Ge-socks von der Straße.“

Den Widerstand gegen die Repression von der Straße zu fegen, ist nicht gelungen, weder während der Demonstration noch in den Nachmittagsstunden, als es etlichen hundert Demonstrierenden gelang, in kleinen oder größeren Gruppen doch noch in der Innenstadt zu protestieren. (scc)



Presseerklärung der PDS/Linke Liste Hamburg

1. Es gehört zum Selbstverständnis von demokratischen Sozialisten, die demokratischen Rechte, die Grund- und Menschenrechte aktiv zu verteidigen und sich vor diejenigen zu stellen, denen sie verwehrt werden oder die wegen ihrer Wahrnehmung verfolgt und mit Repressionen belegt werden. Die Geschichte der Linken verpflichtet uns dazu, die demokratischen Rechte aller Demokraten zu verteidigen.

2. Für die Demokratie lebensnotwendig sind das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht. Seit längerem wird es durch Ermittlungsverfahren nach § 129 und 129a einzuschränken versucht. Immer wieder werden Menschen, die angeblich für die Zeitschrift „radikal“ arbeiten, strafrechtlich verfolgt. Seit dem 13.6.95 ist durch bundesweite Durchsuchungen und Verhaftungen eine neue Welle von Repression zu verzeichnen.

3. In Großstädten der BRD ist es üblich geworden, das Demonstrationsrecht zwar formal zu gewähren, aber durch Polizeikessel und massiven Polizeieinsatz – zeitweilig kommt auf je einen Demonstranten ein Polizist – unwirksam zu machen. Eine in bestimmten Teilen der Presse erzeugte Angst schafft ein Klima der Verunsicherung und der Hexenjagd.

4. Die Demonstration in Hamburg, organisiert von einem Bündnis verschiedener Gruppen und Organisationen und unterstützt von der PDS/Linke Liste Hamburg sowie von GAL-Abgeord-

neten, wandte sich gegen die massiven Grundrechtseinschränkungen. Die rund 4.700 Demonstranten wurden begleitet von 4.092 Polizisten, darunter 2.000 aus anderen Bundesländern. Entgegen dem Rat der Hamburger Polizeiführung setzte sich der Innensenator durch, wegen des Weihnachtskommerzes in der Innenstadt mit massivem Polizeieinsatz eine Demonstrationsroute fernab der City durchzudrücken und diese demonstrationsfrei zu halten. Deeskalation wurde unterbunden. Repressionsmacht sollte demonstriert werden.

5. Die PDS/Linke Liste fordert die Öffentlichkeit auf, die Behinderung des grundgesetzlich garantierten Demonstrationsrechtes durch den Hamburger Senat zurückzuweisen. Sie verwahrt sich dagegen, daß einzelne Demonstranten, die sich für die demokratischen Rechte einsetzen, von der Springer-Presse herausgegriffen und einer Hexenjagd ausgesetzt werden.

6. Die Verantwortung für das geschaffene Klima und die provozierten Auseinandersetzungen tragen die politisch Verantwortlichen für die massive Polizeipräsenz und die Absperrung der Innenstadt. Allen voran der Innensenator Wrocklage.

7. Demokratische Rechte sind unteilbar und stehen auch denen zu, die ihre Meinung radikal vertreten und eigenen Widerstand entwickeln. Dafür wird die PDS/Linke Liste Hamburg auch in Zukunft stehen.

Gegen das Vergessen

Frankfurt. Die VVN/BdA gibt in Zusammenarbeit mit Giuseppe Zambon und dem Staatlichen Museum Auschwitz ein Buch über das Vernichtungslager Auschwitz heraus. Es handelt sich um ein Zeugnis von den durch die Nazis im KZ Auschwitz-Birkenau durchgeführten Massenvernichtungen. Stellvertretend für die Millionen von Ermordeten sind hier die erkennungsdienstlichen Fotos von 636 Opfern veröffentlicht, deren Antlitz unmißverständlich die Merkmale der zutiefst verletzten Menschheit trägt. Aus dem Inhalt:

- * 636 Fotos mit erkennungsdienstlichen Daten der Häftlinge
 - * Auszüge aus den Erinnerungen von Rudolf Hoeß (Kommandant in Auschwitz 1940 - 43)
 - * Einführung in die Geschichte
 - * Aufsatz von Peter Gingold über den Umgang mit Auschwitz im Nachkriegsdeutschland
 - * Zahlreiche Fotos, die das allgemeine Lagerleben dokumentieren
 - * Nachwort zum Thema „wie war Auschwitz möglich“ und über die Notwendigkeit, heute Widerstand zu leisten.
- Das Buch ist bei der VVN/BdA FfM, Tel./Fax: 069/59 70 52 4 erhältlich. Ankündigung der VVN/BdA

Immer mehr PKK-„Sympathisanten“ in Bremen

Bremen. Der neue Bremer Innensenator Ralf Bortscheller ist ein forscher Mann, und – nicht verwunderlich für einen Innensenator, der von seinen Polizeikräften ständig auf dem laufenden gehalten wird – ein Mann mit viel Durchblick. Bundesweit bekannt wurde er erstmals am 26. November, als er den kurdischen Verein „Hevati“ als (wörtlich!) „Volkstanzgruppe zur Förderung der PKK“ verbot. Jetzt ist die Bremer „Sympathisantenszene“ dran. Am 20.12. berichtete der Berliner Tagespiegel: „Bremens Innensenator Bortscheller (CDU) hat der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) und kirchlichen Medien vorgeworfen, mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu sympathisieren. Bortscheller, der das Kürzel PKK fälschlich mit Kommunistische Arbeiterpartei Kurdistans übersetzte, behauptete am Mittwoch, die Sympathisantenszene der PKK reiche bis in die Leitungsebene der BEK. Als Beleg nannte er vor allem eine kirchliche Tagung mit Bremer Politikern und Vertretern des Kurdischen Exilparlaments. Dabei sei offen für die PKK gewonnen worden.“

(aus Kurdistan-Rundbrief)



Bonn. Die Landesinnenminister können es nicht abwarten. Auf ihrer letzten Konferenz beschlossen sie, daß die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina ab April 1996 abgeschoben werden sollen. Viele Flüchtlinge kündigen an, daß sie bleiben wollen, weil der Frieden von Dayton nicht sicher sei. (jöd)

Arbeitskreis Kirche

Unterstützung gegen staatliche Bevormundung

Schüler, Eltern und Lehrer, die sich gegen die staatliche Bevormundung, die in der gesetzlich vorgeschriebenen Anbringung von Kreuzen in Schulen liegt, wehren wollen, erhalten Unterstützung von dem Münchener Arbeitskreis „Kirche – Staat und Demokraten“.

Zu diesem Arbeitskreis haben sich Einzelpersonen der F.D.P., der GRÜNEN und Vertreter von Organisationen zusammengefunden, die sich für eine klare Trennung von Staat und Kirche einsetzen. Dazu gehören u.a. der Bund für Geistesfreiheit, die Freidenker, die Humanistische Union. Anlaß gab die staatlich-kirchliche Kampagne gegen das Bundesverfassungsgericht, das die bayerische Vorschrift, Kreuze in Klassenzimmern staatlicher Volksschulen anzubringen, als verfassungswidrig erklärt hatte.

Bernd Michl, Sprecher des Arbeitskreises: „Die Nichtchristen, deren Zahl immer größer wird, sehen indes voll Staunen und Empörung, was sich unter

dem Deckmantel von „christlicher“ Politik abspielt. Für viele steht das Kreuz als Symbol für die Mißachtung von Menschenrechten, für Zwang, Zerstörung und Völkermord – bis in unsere Zeit. Die jüdischen, muslimischen und alle anderen Mitbürger, die die Geschichte kennen, wissen, wovon sie sprechen. Auch bei Christen hat sich mittlerweile die Erkenntnis breit gemacht, daß mit Hilfe der Kreuzfix-Diskussion ein Machtspiel inszeniert worden ist. Es ist an der Zeit, daß wir alle uns zur Wehr setzen gegen den staatlich-kirchlichen Machtanspruch, der auch im neuen Schulgesetz wieder seinen Ausdruck findet.“ Weitere Vorhaben sind u.a. die Ablösung der Vorrechte der Kirchen, insbesondere der staatlich verordnete Einzug der Kirchensteuer, die staatliche Finanzierung von Geistlichen und der Theologenausbildung, die Verbesserung des Arbeitsrechts in Sozialeinrichtungen mit kirchlicher Trägerschaft.

(aus Münchener Lokalberichte)

Hinter den Kulissen

Geheime Pläne und eine „Strafanzeige“

Durch die Medien geistert es: „Opfer des Stalinismus“ haben den Direktor der Gedenkstätte Buchenwald wegen „Volksverhetzung“ angezeigt.

Nun, vorweg sei es gesagt, diese „Klage“ hat sowenig Substanz wie ähnliche Aktivitäten des sattsam bekannten Deckerts. Aber die „Anklage“ hat einen Sinn: Sie soll ablenken von den Fakten, um die es tatsächlich geht. Die Medien sind den Herrschaften auf den Leim gegangen. Nennen wir nun die Fakten: Den Plänen des Direktors Knigge wurde ein Strich durch die Rechnung gemacht. Der Vorsitzende des Stiftungskuratoriums Prof. Dr. Jäckel (Stuttgart): „Es könne nicht sein, daß, während die Gedenkstätte für die Nazi-Opfer im einfachen Effektenbau untergebracht wird, den Internierten ein grandioses Kunstwerk errichtet werde.“ (Thüringer Allgemeine, 2. 12.95)

Ein grandioses Kunstwerk! Genau das hatten die ehemaligen KZ-Gefangenen Knigge vorgeworfen – er hat stur gelehnt – bis ihn jetzt Professor Jäckel Lügen straft.

880 Stelen (Grabmale) aus Stahl für die ehemaligen NS-Funktionäre hatte Knigge vorgesehen – jetzt muß er darauf „verzichten“. (Thür. Landeszeitung, 6.12.95)

Der Europarat in Brüssel hat schon vor Jahren beschlossen, daß es keine Vermischung zwischen KZ-Gedenkstätten und den Internierungslagern von Faschisten und NS-Kollaborateuren geben darf (was in keinem Lande außer in Deutschland möglich wäre). Knigge fiel ein Trick ein: eine Brücke sollte vom ehemaligen Internierungslager in die Gedenkstätte führen. Auch darauf muß er nun „verzichten“.

Herr Knigge hat es fertiggebracht (auf wessen Kosten?) nach USA und Israel zu reisen, um dort „Verständnis“ für seine Pläne zu gewinnen. Wir wissen nicht, was man ihm dort gesagt hat – aber daß er bei dem Kongreß der französischen Buchenwälder deutliche Worte zu hören bekam, das wissen wir. Und dann wurden zu Knigges Pech auch noch die Ergebnisse der Nachprüfung in den Ar-



chiven bekannt: Die Internierten, die Knigge mit „einem grandiosen Kunstwerk“ ehren wollte, waren nicht etwa „verfolgte Sozialdemokraten“ und harmlose Jugendliche, sondern zu 80 Prozent aktive, organisierte Nazis!

So hatte die „Strafanzeige“ den Sinn, von all dem abzulenken; ja Herr Knigge erscheint nun in den Medien als der Mann, der den Nazis ein Dorn im Auge ist – weil er auf das „verzichtet“ (verzichten muß), was er in aller Stille vorbereitet hat.

Die enttäuschten „Opfer des Stalinismus“ wollen sich nun bei dem zuständigen Minister beschweren. Der, Dr. Schuchardt, ist Mitglied der SPD, also einer Partei, deren Mitglieder von den Nazis verfolgt, zum Teil ermordet wurden. Man kann gespannt auf das Ergebnis sein.

Das Internationale Buchenwald-Komitee jedenfalls wird nicht nachgeben im Kampf für die weltberühmte Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstands und gegen alle Pläne, sie zu diskreditieren.

Emil Carlebach

1. Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos

Kommunalwahl in Hannover

PDS/LL tritt zur Kommunalwahl an

Die Kreismitgliederversammlung der PDS/LL Hannover beschloß mit großer Mehrheit, im kommenden Jahr eigenständig mit einer offenen Liste als PDS/LL in Niedersachsens Landeshauptstadt Hannover zur Kommunalwahl anzutreten. Mit dem Anstoß, „EXPO ab sagen oder neu abstimmen“ trat die PDS/LL Hannover in ein „Wespennest“. Noch immer ist Hannovers Einwohnerschaft in der Frage Zustimmung oder Ablehnung der Weltausstellung EXPO 2000 gespalten. Der Trend geht jedoch zunehmend in Richtung einer deutlichen Mehrheit von AblehnerInnen des Großprojekts, da die vollmundigen Versprechungen von Bund, Land und Stadtverwaltung, es handele sich um ein „sozial verträgliches und ökologisch orientiertes Projekt“, nicht eingehalten

werden. Das hannoversche PDS-MdB Rolf Köhne wird auf Wunsch von Mitgliedern des neuen, breiten Anti-EXPO-Bündnisses mit seinen Bonner Parteikolleginnen auch im Parlament eine Absage der EXPO fordern. Das Thema EXPO 2000 steht bereits für Januar-Februar auf der Tagesordnung des Bundestages. Die PDS/LL bietet Initiativen und anderen linken Gruppen sowohl die Möglichkeit der Kandidatur auf ihrer „offenen Liste“, wie auch die Mitsprache in der Gestaltung der programmatischen Aussagen an. Sollten auch andere linke Kräfte eigenständig kandidieren, gibt es nach Meinung der PDS/LL ein mögliches Bündnis in Form von „Zählgemeinschaften“.

(Pressemitteilung der PDS/LL Hannover, 8.12.95)

Bleiberecht in europäischem Land für die Familie Simsek

Augsburg. Als die Nachricht bekannt wurde, daß der bayerische Innenminister Beckstein die Haftbefehle gegen Fariz Simsek (29) und seine Frau Sahize (20) aufgehoben hat, freuten und sorgten sich viele gleichzeitig. Becksteins Anweisung war ja nur eine Reaktion darauf, daß ein anderes europäisches Land dem verfolgten Kurden Fariz ein Bleiberecht gewährt und es so ermöglichte, daß seine Frau und die beiden kleinen Kinder nach achtmonatigem Kirchenasyl die katholische Pfarrei St. Raphael bei Augsburg am 20. Dezember verlassen und zu ihrem Vater reisen konnten. Die breite Solidaritätsbewegung hat der Familie helfen können.

Aber die deutsche Asylgesetzgebung und die unmenschlichen Linien der bayer. Staatsregierung werden für neue Fälle sorgen. Deshalb setzen sich SPD und Grüne für eine Korrektur der Ausländergesetze und der Asylpolitik ein. Und die Sprecher der christlichen Kirchen appellierten erneut an den Gesetzgeber, „menschliche Lösungen“ zuzulassen. Bei der Staatsanwaltschaft Augsburg läuft gegen die Pfarrer der drei Kirchenasylgemeinden jetzt ein Verfahren

„wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz“. (baf)

Noch kein Termin wegen Todesschuß auf Halim Dener!

Im Verfahren gegen den Hannoveraner SEK-Beamten Klaus T. wegen des Todesschusses auf den 16-jährigen kurdischen Flüchtling Halim Dener (vor einhalb Jahren!) ist noch immer kein Termin für das Gerichtsverfahren festgelegt. Stattdessen lancierten Anfang Dezember haz und Welt am Sonntag Berichte über eine angebliche „politische Einflußnahme auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.“ Die niedersächsische Justizministerin und der Hannoveraner Oberbürgermeister sollen die „Täter“ sein. Der niedersächsische Staatsschutz bemüht sich derweil weiter um die Verbreitung wilder Gerüchte über die PKK, siehe die im August von ihm lancierten Meldungen über angebliche „PKK-Killerkommandos“. (rü)

Kita-Management vor dem Gemeinderat

Stuttgart. Die Kritik zum neuen Management in den Kindertagesstätten wur-

de in der letzten Jugendhilfeausschußsitzung von Grünen- und SPD-Stadträten vorgetragen. Sie hatten außerdem erreicht, daß ein Sprecher des Personals aus dem Jugendamt kritisch Stellung nehmen und das Alternativprogramm vorstellen konnte. Die SPD-Stadträtin Baehrens setzte per Antrag durch, daß der Beginn des Probelaufs zunächst auf März 1996 verschoben ist. Geplant war der Beginn zum 1. Februar 1996. Im Januar soll das Thema nochmals gründlich im Jugendhilfeausschuß beraten werden. Jugendamtsleiter Harrer signalisierte danach auf den Personalversammlungen Gesprächsbereitschaft, um zu einem Konsens mit dem Personalsrat zu kommen.

Am 14. Dezember war das Thema auch im Gemeinderat vorgesehen. Obwohl der Tagesordnungspunkt kurzfristig abgesagt wurde, versammelten sich ca. 100 Beschäftigte und Eltern vor dem großen Sitzungssaal, um ihre Haltung zu den Plänen deutlich zu machen: Sie halten den Vorschlag für rausgeschmissenes Geld. Dies wurde symbolisch dargestellt, indem an die Gemeinderäte süße Golddukatn verteilt wurden, die sie durch einen vergoldeten Fensterrahmen werfen sollten. Zu dieser Aktion hatte die ÖTV-Kreisverwaltung aufgerufen. (mok)

Europa Vorn ganz stolz – Hetze gegen Ausländer

Köln. Nach jahrelangen Differenzen und Auseinandersetzungen zwischen Deutsche Liga und dem damalige Republikaner-Chef Schönhuber kam es kürzlich zu einem ersten gemeinsamen öffentlichen Auftritt. Die neofaschistische Zeitung Europa Vorn berichtet in der neuesten Ausgabe unter dem Titel „Aufbruchstimmung im Rheinland“: „Es endete im politischen Phanal.“ Vor lauter Begeisterung wird auch gleich der Vorgang bildlich dokumentiert, wahrscheinlich für den Rechten, der's nicht glaubt.

Unter ihre „Pulheimer Erklärung“ sammelt die Liga weiterhin Unterschriften. Nicht gerade wenige Leute unterschreiben diese Erklärung. Ob diese Entwicklungen zu einer neuen rechten Sammlung führt, ist nicht auszuschließen.

Wichtig ist auch, daß die Deutsche Liga ihre Jugendzeitung „Hoppla“ wieder herausgegeben hat. Vielleicht wollen sie in ihrer „Aufbruchstimmung“ das Blatt tatsächlich an den Schulen verteilen, wie sie großmäulig ankündigten. Den ausländerfeindlichen Artikel schreibt dann ein Kroat, das macht sich besser. (jöd)

CDU und SPD bereiten für 1996 einen Haushalt der sozialen Grausamkeiten in Berlin vor

24 Mrd. DM „Einsparungen“ bis 1999 / PDS-Fraktion legt ihre Haushaltsziele vor

Unmittelbar nachdem der Berliner SPD-Landesparteitag am 15. Dezember mit 163 zu 120 Stimmen einer Wiederauflage der Großen Koalition zugestimmt hat, haben CDU und SPD die Verhandlungen aufgenommen. Einziges Thema: die Haushaltskonsolidierung. 4,4 Mrd. DM müssen 1996, 24 Mrd. DM bis 1999 eingespart werden.

CDU und SPD: „Alles für die Metropole Berlin!“

Bis zuletzt hatte Finanzsenator Pieroth (CDU) die Haushaltslage beschönigt, um den gemeinsam mit der SPD betriebenen Ausbau Berlins als Hauptstadt mittels Prestigeprojekten (Tiergartentunnel, Reichstagsumbau, sog. Kanzler-Bahnhof und Regierungs-U-Bahn, Transrapid u.a.m.) voranzutreiben. Nachdem das Ausmaß der Finanzkatastrophe sichtbar wurde, steht angeblich alles zur Disposition. In Wirklichkeit steht bereits fest: das Finanzloch soll ohne Steuererhöhungen für die Kapitalisten verkleinert werden.

Stattdessen stehen wie üblich Kürzungen im Personal- und Sozialbereich im Mittelpunkt der Diskussion. Weitere 18.000 (von derzeit 177.000) Stellen sollen bis 1999 abgebaut werden - 19.500 wurden seit 1990 bereits abgebaut. Erhöhung der Lehrerstundentafel, Streichung der Lehrmittelfreiheit, Vergrößerung der Kitagruppen, Kürzung von Zuschüssen an die Verfolgtten des Nationalsozialismus und sogenannter „Doppelleistungen im Pflegebereich“ sind angekündigt. Nicht zuletzt soll die bisher politisch umstrittene Bezirksreform (Reduzierung der Berliner Bezirke von 23 auf 12) mithilfe des finanziellen Drucks durchgesetzt werden.

Gegen diese einseitige Haushaltskonsolidierung gibt es auf parlamentarischer Ebene mit Ausnahme der PDS recht wenig Kritik. Den Grünen gehen die Kürzungen noch nicht weit genug. Sie sehen die Fusion mit Brandenburg durch die hohe Verschuldung Berlins gefährdet.

Wir dokumentieren nachfolgend die Presseerklärung der PDS-Abgeordnetenhausfraktion. (har)

Dokumentiert: Die Kritik der PDS-Fraktion an der Haushaltspolitik des Berliner Senats

1 Angesichts der dramatischen Haushaltslage ist eine Absenkung der Investitionen unumgänglich. Angesichts einer die Investitionssumme übersteigenden Nettoneuverschuldung muß diese Absenkung der Investitionen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwendet werden. Zugleich muß innerhalb des Investitionshaushalts eine Veränderung der Prioritätensetzung um Umschichtung weg von spektakulären Großprojekten („Kathedralenpolitik“) hin zur Sicherung des Grundbedarfs an Infrastruktur und Wohnraumversorgung erfolgen. (...)

2 Im Bereich der Verkehrsinvestitionen muß eine eindeutige Priorität zugunsten der Investitionen in den ÖPNV gesetzt werden. Rückgrat eines zukunftssträchtigen ÖPNVs muß der flächendeckende Ausbau der Straßenbahn sein. Da ein Kilometer Straßen-

bahn 15 bis 20 mal billiger als ein Kilometer U-Bahn ist (bei 80% der Beförderungsleistung), kann durch eine Umorientierung vom U-Bahn-Bau auf den Ausbau der Straßenbahn mit geringerem Mitteleinsatz eine größere Verkehrsleistung angeboten werden. (...)

3 In der Wohnungsbaupolitik und Wohnungsbauförderung muß die Priorität von Wohnungsneubau auf die Bestandspolitik gelegt werden. Auch hier kann mit geringerem Mitteleinsatz in kürzerer Zeit ein größerer wohnungspolitischer Effekt erzielt werden. Wir treten deshalb für den Abbau des zweiten Förderweges und eine Ausweitung der Mittel für eine sozialverträgliche Instandsetzung und Modernisierung und Leerstandsbehebung ein. (...)

4 Die Einsparpotentiale im Personalbereich werden zur Zeit in der öffentlichen Diskussion überschätzt. Weder der anvisierte Abbau von 22.000 bis 25.000 Stellen im Laufe der nächsten Legislaturperiode noch die von CDU, SPD und Bündnisgrünen vertretene Einsparsumme von 1 Milliarde im Personalhaushalt für das Jahr 1996 kann als realistisch gelten - und ist obendrein arbeitsmarktpolitisch mehr als bedenklich. Einsparpotentiale sehen wir vor allem dort, wo reale Ausstattungsvorsprünge bestehen, wie im Polizeibereich mit einem Überhang von 7.000 Stellen gegenüber der Hamburger Polizeidichte. Weitere Spielräume können durch den Abbau von überflüssiger Bürokratie, Doppelzuständigkeiten im Rahmen der Verwaltungsreform geschaffen werden. Zugleich gibt es im öffentlichen Dienst nicht nur Ausstattungsvorsprünge, sondern auch Unterausstattungen - so zum Beispiel im Bereich der Sozialämter, aber auch der bezirklichen Bauplanungsämter. Hier kann nicht weiter eingespart werden, sondern hier muß Personal zu Lasten der Hauptverwaltung aufgestockt werden. (...)

5 Durch eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik muß die BVG aus dem Defizit herausgefahren werden. Dazu gehört neben den oben genannten Veränderungen der investiven Prioritäten auch kostensparende und die Attraktivität des ÖPNV erhöhende Maßnahmen zur Schaffung des Vorrangs für den ÖPNV im Verkehrsgeschehen (Vorrangschaltungen für Busse und Bahn, flächendeckendes Bussparnetz). Angesichts des Scheiterns des Parkraumbewirtschaftungskonzepts erneuern wir unsere Forderung nach einer Nahverkehrsabgabe - das Befahren des Bereiches im inneren S-Bahnring ist an den Besitz einer Umweltkarte zu koppeln. (...)

6 Im Bereich der konsumtiven Sachausgaben ist eine prozentuale Kürzung von ca. 10 Prozent denkbar. Berlin gibt zur Zeit ca. 5 Milliarden DM für Geschäftsbedarf, Geräte, Bücher, Zeitschriften, Betrieb von Fahrzeugen, Gutachten und so weiter aus. Durch ein effektives Raummanagement in der öffentlichen Verwaltung und die Absenkung der Standards bei öffentlichen Bauten sind weitere Einsparungen erzielbar. Durchforstet werden müssen die umfangreichen Finanzhilfen des Landes Berlin (Subventionen). (...)

7 Weitere Verbesserungen auf der Einnahmeseite können neben der oben schon genannten Nahverkehrsabgabe - durch eine Anhebung des zur Zeit konkurrenzlos niedrigen Gewerbesteuerhebesatzes auf 400 Prozent erzielt werden (ca. 300 Millionen D-Mark Mehreinnahmen). Als Ersatz für die wegfallende Stellplatzabgabe ist eine Infrastrukturabgabe für Investoren einzuführen. Ein Beispiel für Einnahmeverbesserungen durch eine ökologisch orientierte Abgabepolitik wäre die Einführung einer Verpackungsabgabe.

8 Wir wenden uns gegen eine weitere Verschleuderung des Berliner Tafelsilbers. Auf diese Weise werden lediglich kurzfristig Haushaltslöcher gestopft, aber nicht die notwendigen strukturellen Entlastungen geschaffen. Der Verkauf der BEWAG-Anteile wird von uns abgelehnt - er ist nicht nur finanzpolitisch unsinnig, er ist vor allem energiepolitisch unververtretbar. Ebenso wird es von uns keine Zustimmung zur Veräußerung des Wohnungsbestandes der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geben - dies ist wohnungs- und sozialpolitisch nicht vertretbar. (...)



8. 000 bis 10.000 zumeist Studierende demonstrierten am 14.12. in Berlin gegen Sozialleistungskürzungen und Ausgrenzung. Mobilisierend wirkte vor allem der Beschluß des Bundeskabinetts, auf das BAFöG-Darlehen Zinsen zu erheben. Aufgerufen hatte zur Demonstration ein breites Bündnis von insbesondere Jugendgruppen. (har)

WIPianer kämpfen um ihre Zukunft

200 Wissenschaftler protestierten am 13. Dezember vor dem sächsischen Landtag

Am 13.12.1995 demonstrierten vor dem Sächsischen Landtag in Dresden rund 200 im „WIP“ („Wissenschaftler-Integrationsprogramm“, darin sind frühere DDR-Wissenschaftler befristet angestellt, die nach der DDR-Annexion in ihren alten Stellen nicht weiter beschäftigt wurden) beschäftigte Wissenschaftler aus ganz Sachsen gegen die Untätigkeit der Landesregierung.

Nur 20 von insgesamt 284 in Sachsen tätigen „WIPianer“ haben nach dem Auslaufen des Programms am 31.12.1996 eine Zusicherung auf Weiterbeschäftigung. Dies entspricht der Lage aller WIPianer. Sollte sich die Bundesländer-Kommission nicht bald auf eine dauerhafte Weiterfinanzierung des Programms einigen, wäre das Scheitern der „Rückführung der Forschung an die Hochschulen“ - womit die Schließung der Akademien der DDR begründet und die Abwicklung von rund 25.000 Wissenschaftlern gerechtfertigt wurde - dokumentiert. Von den etwas mehr als 1.400 WIPianern können nur knapp 5% einigermaßen ruhig in die Zukunft blicken.

Im folgenden der gekürzte Aufruf der Leipziger WIPianer:

„Der Freistaat Sachsen steht in der Verantwortung, das 1991 vom Bundestag beschlossene Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) im Hochschul-Erneuerungs-Programm (HEP) in die Tat umzusetzen. Dazu sind zu-

sätzliche Stellen an den Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen zu schaffen und finanzielle Möglichkeiten zur Gründung von Instituten zu gewährleisten.

In Leipzig wurden 119 Wissenschaftler und Techniker der ehemaligen Akademie der Wissenschaften und der Bauakademie 1994 entsprechend der Empfehlung des Wissenschaftsrates im Rahmen des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) befristet in die Universität Leipzig integriert. Sie bereichern und ergänzen in 8 Fakultäten Forschung und Lehre. Drei Viertel der WIP-Mitarbeiter wirken in den Fakultäten für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie, für Chemie und Mineralogie sowie für Physik und Geowissenschaften.

Ein besonderes Merkmal vieler WIP-Gruppen ist ihre interdisziplinäre Zusammensetzung und Arbeitsweise... Im WIP an der Universität Leipzig wurde nicht nur, wie vom Wissenschaftsrat gewollt, Grundlagenforschung gesichert - im WIP befindet sich auch ein erhebliches technologisches Potential. Viele Forschungsgebiete können nur über das WIP erhalten werden ... 95% der Aktivitäten der WIP-Forscher werden fortan aus der Wissenschaftslandschaft Sachsens verschwinden. Der Landtag muß in der Lage sein, Lösungen zu finden, um diese krasse Zäsur zu vermeiden!“ (har)

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Bayer-Konzern und Bitterfeld:
Steuerzahler
finanziert Übernahme

Bayer und viele andere Konzerne haben von der deutschen Einheit profitiert. Über eigene in die Treuhand-Anstalt entsandte Manager haben sie sichergestellt, daß die Filetstücke der ostdeutschen Wirtschaft reibungslos in die eigenen Konzernstrukturen eingepaßt und mißliebige Konkurrenz hundertprozentig vernichtet werden konnte. Das in Bitterfeld auf der grünen Wiese an der Grenze zu einem Naturschutzgebiet entstandene Bayer-Werk wurde zu wesentlichen Anteilen (ca. 40 %) aus Steuermitteln errichtet.

Der Raubzug geht weiter: Auch die nun mit der Nachfolgeinstitution der Treuhand, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS), ausgehandelte Übernahme des Ionen-Austauscher-Geschäftes in Bitterfeld wird, wie BVS-Chef Heinrich Hornef mitteilte, den Steuerzahler „nicht billig“ kommen.

Gute Karten auch für die Bayer-Tochter AGFA: Die ostdeutsche ORWO-Filmfabrik steht kurz vor dem Aus. Lediglich ein kleiner Bereich der Filmkonfektionierung soll weitergeführt werden. Damit geht das von Bayer in der Treuhand durchgesetzte Konzept der Liquidierung eines unliebsamen Konkurrenten auf.

(Aus Stichwort Bayer, Informationsdienst der Coordination gegen BAYER-Gefahren, Internationales Selbsthilfe-Netzwerk seit 1983. Adresse: CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf)

Tarifvertrag gegen
Entlassungen bei der Telekom:
Respektables Ergebnis?

In den privatisierten Postbetrieben ist Personalabbau oberstes Unternehmensziel. Die Vernichtung von über 100 000 Arbeitsplätzen läuft auf Hochtour, obwohl im Lande schon 7 Millionen fehlen. Der Tarifabschluß zum „Ausschluß betriebsbedingter Beendigungskündigungen“ schließt letztere bei der Telekom bis Ende 1997 aus und bringt noch einige Verbesserungen in Details. Daß er ohne Lohnverlust etc. (vgl. VW) möglich war, resultiert auch aus der Kampfkraft und -fähigkeit der PostlerInnen, die sich bei den 30tägigen Warnstreiks 1994 zeigte. Voraussetzung dafür war auch, daß die PostlerInnen mit dem eigenen Kopfdachten, sich also nicht von der Unternehmerpropaganda einfangen ließen.

Seither verstärken die Generaldirektionen ihre Anstrengungen im Kampf um die Köpfe. Bei der Telekom mit dem „Monitor“ (BILD-Niveau), „Insider“ usw., mit Schulungen und Veranstaltungen, „gewürzt“ mit solch unfreiwillig komischen Einlagen wie dem Video „Ron Sommer im Gespräch“ ...

Die künftige Kampf- und Durchsetzungskraft der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) wird entscheidend davon beeinflusst werden, was diese dem ideologischen Trommelfeuer entgegenzusetzen haben wird. Bei aller Bedeutung für einzelne Beschäftigte bezüglich des Schutzes vor persönlichen Nachteilen durch die Arbeitsplatzvernichtung muß gesagt werden: wer von sozial-humanem Arbeitsplatzabbau oder ähnlichem spricht, verstellt den Blick auf die Tatsache, daß bei 7 Millionen fehlenden Jobs jeder Arbeitsplatzabbau asozial ist.

Wenn die DPG jetzt mit der Telekom eine gemeinsame Erklärung abgibt,

nach der sie „aufgrund der Markt- und Wettbewerbssituation“ anerkennt, „daß auch Personalabbaumaßnahmen notwendig sind“, verwässert sie selbst den Erfolg des Tarifabschlusses. Muß denn nicht der Eindruck entstehen, sie habe vor der Kapitallogik kapituliert?

Die kapitalistische Integration der nationalen Wirtschaften in den Weltmarkt führt dazu, daß die Kapitalisten durch Druck auf Löhne, Arbeitszeitregelungen etc. für sich einen besseren Ausgangspunkt im Konkurrenzkampf schaffen wollen. Dabei hat sie der Wegfall der Systemkonkurrenz bei der Wahl ihrer Mittel entnommen. Durch diese Entwicklung werden für die Gewerkschaften Spielräume innerhalb dieses Systems kleiner, vor allem dann, wenn sie das System selbst nicht mehr in Frage stellen. Vielen Gewerkschaftsmitgliedern fällt es zunehmend schwerer, die Notwendigkeit von Gewerkschaften zu erkennen, wenn deren Erklärungen, wie hier die der DPG, nicht mehr deutlich von denen des Kapitals zu unterscheiden sind. Gewerkschaften wurden gegründet, um die Konkurrenz der Arbeitenden untereinander auszuschalten. Da dies teilweise gelang, konnte die Lebenslage ihrer Mitglieder verbessert werden. Wenn diese grundlegende Erkenntnis aus fast 150 Jahren Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung sich in der gewerkschaftlichen Politik nicht mehr widerspiegelt, werden die Gewerkschaften nach dem Kampf um deren Köpfe auch noch viele ihrer Mitglieder verlieren.

(aus: DRUCKSACHE, Zeitung der DKP BG Post Darmstadt, CL)

Kritische AktionärInnen
Daimler Benz fordern
Lieferstopp für Panzer-
transporter in die Türkei!

Einen sofortigen Lieferstopp der von der Daimler-Tochter Mercedes produzierten Zugmaschinen für türkische Panzertransporter fordert der Dachverband Kritischer AktionärInnen Daimler Benz (KAD) in Stuttgart.

Mit dem Export dieser Zugmaschinen mache sich Mercedes-Benz nach Ansicht des KAD zum „Helfershelfer der türkischen Militärs, da diese in die Lage versetzt werden, ihre Panzer noch flexibler gegen die Kurden einzusetzen.“

Laut KAD-Jurist Holger Rothbauer verstößt Daimler mit dieser Lieferung gegen „Geist und Buchstaben“ der konzerninternen Exportkontrollrichtlinie Nr. 5 vom 14.11.1993. Diese sieht ein Kontrollverfahren für Fahrzeuge vor, die „für militärische oder sonstige nicht-zivile Zwecke verwendet werden können“.

Angesichts der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in der Türkei sprächen die in der Konzernrichtlinie genannten „übergeordneten Aspekte“ dafür, von einem Geschäft Abstand zu nehmen, auch wenn dieses nach dem Gesetz zulässig wäre.

Nach Informationen der Kritischen AktionärInnen Daimler Benz werden die im Mercedes-Benz-Werk Wörth hergestellten 500-PS-Zugmaschinen AS 3850 in Container verladen und per Schiff via Rotterdam oder Antwerpen in die Türkei gebracht. Bei Mercedes-Benz-Türk in Aksaray (einer 53prozentigen Daimler-Tochter) werden die Einzelteile zusammengebaut.

In diesem Jahr wurden bereits elf Zugmaschinen ausgeliefert. Weitere sechzig sollen laut Recherche des Dortmunder Büros für alternative Rüstungskontrolle in den nächsten Jahren folgen.

Paul Russmann, 14.12.95



Protestaktion der Gewerkschaft HBV vor dem Kaufhaus Hertie in Karlsruhe gegen die Änderung des Länderschlusgesetzes.

Einstieg in die ertrags-
abhängige Entlohnung

Siemens-Konzern verrechnet Tariferhöhung

Karlsruhe. Der Siemens-Konzern hat die tarifliche Vereinbarung zur Erhöhung des anteiligen 13. Monatslohnes von 50 auf 60 Prozent durch eine Anrechnung auf die jährliche Zahlung der sogenannten Erfolgsbeteiligung ausgehebelt. Bisher waren die Versuche des Betriebsrates erfolglos, diese Kürzung der Erfolgsbeteiligung wieder aufzuheben. Beispielsrechnungen ergeben, um welche Beträge es sich ungefähr handelt: zwischen 300 DM in den unteren Lohngruppen und 700 DM in höheren Gehaltsklassen.

Durch Veränderungen in der Produktions- und Arbeitsorganisation haben nicht unbeträchtliche Teile der Belegschaft weitere Lohnsenkungen hinnehmen müssen und zwar in Ausmaßen, die an die Anhebung der Tariflöhne vom Mai und November locker heranreichen. Die Forderung aus den Konzernetagen war, die bisherigen leistungsbezogenen Entlohnungssysteme zu beseitigen und „flächendeckend“ Zeitlohn einzuführen. Das hätte schwerwiegende Lohneinbußen für Akkord- und Prämienlöhner zur Folge gehabt. Auch die getroffene Vereinbarung führt zu Lohnsenkungen, bis zu mehreren tausend Mark jährlich.

Die Vereinbarung orientiert sich an der Verdienstabstimmung bei Abgruppierungen. Für die Akkord- und Prämienlöhner wird für 18 Monate ein Verdienstausfall gezahlt. Eingeführt wird statt der bisherigen Zulagensysteme eine individuelle zusätzliche Zulage, die jährlich neu beurteilt wird, und das sogenannte Gruppenergebnis, das nach den Stundenleistungen der Gruppe errechnet wird. Die Beurteilung über die sogenannte individuelle zusätzliche Zulage trifft der Vorgesetzte. Analog zur Leistungsbeurteilung aus dem Tarifvertrag sind hier ausdrücklich Beurteilungsmerkmale definiert und mit Wertungen versehen. Diese sollen die Arbeitskraft ausdrücklich für die Konzernziele mobilisieren. Stichworte dieser Beurteilungsbögen sind z.B.: 1. Betriebliches Zusammenwirken: Gruppenfähigkeit, Verantwortung, Informationsaustausch, Arbeitsdurchführung, Motivation. 2. Flexibilität, Arbeitseinstellung: Vielseitigkeit, Einsatzbereit-

schaft, Lernwilligkeit, Arbeitsverhalten, persönliche Entfaltung, Ausdauer. 3. Problemlösung: Problemlösungsfähigkeit, Initiative, Motivation. 4. Qualitätsverbesserung: Optimierung der Produktion, Ordnung und Sauberkeit. Für die individuelle Zulage werden – ähnlich der tariflichen Leistungszulage – Punkte vergeben. Danach richtet sich die Höhe der Zulage. Die zu vergebenen Punkte können individuell zwischen 1 und 16 schwanken, die Zulage beträgt zwischen 29 und stattlichen 471 DM monatlich.

Mit dem sogenannten Gruppenergebnis hat der Konzern einen Einstieg hin zur ertragsabhängigen Entlohnung erreicht. Das, was die IG Metall bisher noch – wenigstens in ihren Grundsätzen – abgelehnt hat, wird praktiziert. Beim Einstieg wird es nicht bleiben. Das Gruppenergebnis wird nach Arbeitsanfall und der erbrachten Leistung gezahlt und paßt die Beschäftigung im Zusammenwirken mit den Jahresarbeitszeitregelungen der Konjunktur im Konzern an. Regelungen, die den einzelnen Beschäftigten irgendwelche Einspruchsmöglichkeiten bei der Arbeitszeitplanung sichern würden, gibt es genauso wenig wie Kriterien, nach denen der Zulagenbeurteilung durch die Vorgesetzten z.B. widersprochen werden könnte. So wird zusehends aus der prognostizierten Zeit- oder sonstigen Souveränität die praktizierte Verfügbarkeit nach den Anforderungen aus dem Konzern.

Der Betriebsrat erhofft sich, mit diesen Vereinbarungen „Arbeitsplätze zu sichern“: „Somit ist ein Grundstein für eine zukünftige Entlohnung/Entgelt am Standort Karlsruhe gelegt. Das neue Entgelt gekoppelt mit der neuen Gleitzeit am Standort eröffnet die Möglichkeit, das System atmen zu lassen und so zu steuern, daß die Beschäftigten und die Firma Erfolge verbuchen können. Mit Augenmaß und Vernunft gehandelt, erhoffen wir uns, am Standort Karlsruhe einen wichtigen Schritt zur Sicherung der Arbeitsplätze getan zu haben.“ (Aus Info für die MitarbeiterInnen der Siemens AG, Karlsruhe der IG Metall).

Wer aber zweifelt daran, daß der Personalabbau fortgesetzt wird? – (H.H.)

Mercedes Benz im „Schwellenland“ Brasilien

Arbeitskreis Internationale Solidarität berichtet zum Thema „Brasilien bleibt in der Krise“ / Kämpfende Arbeiter in Brasilien erhalten Unterstützung

Der Arbeitskreis Internationale Solidarität des DGB Mannheim, der seit vielen Jahren enge Beziehungen zur brasilianischen Gewerkschaft CUT, und hier besonders zu den Automobilarbeitern der ABC-Region sowie zur Landlosenbewegung MST (Movimento Sem Terra) unterhält, berichtete im Gewerkschafts-Haus zum Thema: „Brasilien bleibt in der Krise“.

Der vor einem Jahr gewählte Präsident Cardoso hält seine Wahlversprechen nicht ein weder für die Industriebeschäftigten noch für die Landlosen, die dringend auf eine nachhaltige Landreform warten. Stattdessen richteten gerade während Cardosos Deutschlandbesuchs die Banden der Großgrundbesitzer im Südwesten erneut ein Blutbad in einer Siedlung von Landbesetzern an.

Die folgende leicht überarbeitete und gekürzte Übertragung eines Teilmitschnitts der Veranstaltung gibt den Bericht über die Situation bei Mercedes Benz do Brasil wieder. Bemerkenswert ist, wie auch den brasilianischen Mercedes-Benz-Beschäftigten das hierzulande sattsam bekannte Hohe Lied der Konkurrenzfähigkeit vorgesungen wird. Die weltweiten Standortdebatten sollen sich gegenseitig hochschaukeln, damit die Profite weltweit sprudeln. (tht)

Seit drei Jahren Personalabbau

In den letzten drei Jahren ist die Belegschaft von Mercedes Benz in Sao Bernardo von gut 15000 auf 12000 Beschäftigte heruntergefahren worden; 3000 Arbeitsplätze sind vernichtet worden. Man kann sagen: ähnlich wie in Mannheim. Und von den 3000 betroffenen Leuten ist „niemand entlassen worden“; sie sind alle „freiwillig“ gegangen. So war das Verfahren in den letzten Jahren weltweit. Mercedes Benz bietet den Leuten einen „freiwilligen Abschied“ an gegen eine bestimmte Abfindung. Dann unterschreiben die Leute eben der Not gehorchend.

Die Ereignisse des 25. September

Am 25. September lesen die Kollegen morgens folgenden Aushang in ihrer Fabrik:

„An die Mitarbeiter des Werkes Sao Bernardo do Campo.

Da Strukturanpassungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auf den internationalen Märkten unumgänglich sind, sieht sich das Unternehmen zum Abbau der Belegschaft gezwungen. Diese Entscheidung bedeutet den sofortigen Abbau von 450 Arbeitsplätzen im gewerblichen und 750 Stellen in den indirekten Bereichen des Werkes Sao Bernardo do Campo. Das Unternehmen vertraut darauf, durch Kostensenkungsmaßnahmen und den kontinuierlichen Verbesserungsprozeß seine Wettbewerbsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können.

Mercedes Benz do Brasil.“

Nach unseren Informationen geschah dann folgendes:

Die Werkleitung hat den Betriebsrat (die Fabrikkommission) und einige führende Gewerkschafter in ein Hotel eingeladen, um ihnen diesen Beschluß dort mitzuteilen. Nichts weiter. In den folgenden Tagen erschienen Listen, auf

denen die Leute sich wiedergefunden haben, die dann entlassen wurden: 1150 Leute in Sao Bernardo und 450 in Campinas. Das entspricht in beiden Fabriken etwa 10% der Gesamtbelegschaft. Die Leute auf diesen Listen sind über das gesamte Werk querbeet ausgesucht worden (bei den größeren Entlassungswellen 1989/90 standen auf diesen Listen vor allem „unangenehme Vertreter“ und „böswertige Gewerkschafter“). Das ganze muß wie eine Bombe eingeschlagen haben, weil es überhaupt keine Vorüberlegung mit der Fabrikkommission oder Gewerkschaft gegeben hat. Das wurde einfach so entschieden und sollte auch einfach so durchgeführt werden. Die brasilianischen Gewerkschafter sprechen in diesem Zusammenhang schlicht von einer „Exekution“. Es waren Kündigungen ohne jegliche sonstige Absicherung oder Abfindung wie sonst bei den „freiwilligen Kündigungen“. Es wurden nach unseren Informationen gerade einmal drei Monatslöhne weitergezahlt – und dann nichts mehr. Man fällt da nicht in ein sogenanntes soziales Netz, wo man durch Arbeitslosenunterstützung aufgefangen wird. Da ist nichts, auch keine ärztliche Versorgung. Totale Erwerbslosigkeit.

Totaler Streik

Die Belegschaft reagierte darauf, indem sie sofort in beiden Werken den totalen Streik ausgerufen und auch durchgeführt hat. Es ist sowohl im Angestelltenbereich wie auch im direkten Bereich eine Woche lang absolut nichts mehr gegangen. Außerdem hielten sie jegliche Art von Versammlungen ab, vor dem Tor oder im Gewerkschafts-Haus; sie haben als größere Aktionen eine Stunde lang eine bedeutsame Autobahn besetzt. Sie haben mit den Familienangehörigen eine große Veranstaltung gemacht, die sehr großen Eindruck hinterlassen hat.

Die Gewerkschaft leistete auch viel Öffentlichkeitsarbeit. Die Weltpresse ist sehr schnell informiert worden. Wir wissen nicht ganz genau, wer das veranlaßt hat – jedenfalls hatte dpa sofort eine Nachricht über die Entlassungen bei Mercedes Benz. Öffentlichkeitsarbeit auch in dem Sinn, daß die Gewerkschafter in Brasilien ihre internationalen Kontakte und die im weiteren nationalen Bereich ausgenutzt haben. Dabei wandten sie sich auch offiziell an die deutschen Gewerkschaften, an die IG Metall in Frankfurt und an den Gesamtbetriebsrat.

Sie wandten sich aber auch uns, so daß uns Fax aus Sao Bernardo und Campinas ins Haus flatterten und auf diese Weise den Skandal bekannt gemacht haben.

Ergebnis

Diese gesamten Aktionen einschließlich Streik haben nach einer Woche auf uns noch nicht ganz bekannte Weise aufgehört. Am 3. und möglicherweise 4. Oktober muß noch gestreikt worden sein. Auch aus den Zeitungen, die sie täglich vor den Werkstoren verteilt haben und die sie uns mitgeschickt haben, ergeben sich noch keine präzisen Nachrichten. Wir haben aus der deutschen Presse erfahren, daß die Streiks beendet sind und daß die Leute wieder arbeiten.

Das Ergebnis dieses Streiks insgesamt und der Verhandlungen war:

Die Zahl der Entlassungen wurde nicht vermindert. Es wurden sogar mehr entlassen als vorher angekündigt. 1282 Leute wurden in Sao Bernardo entlassen und 600 in Campinas.

Die Entlassenen werden nun jedoch finanziell abgedeckt, indem die Betroffenen je nach Betriebszugehörigkeit vier bis acht Monatslöhne weiterbekamen. Auch das Gesundheitsprogramm wurde auf sechs Monate weiterverlängert und von den Entlassungslisten wurden einige eigentlich gar nicht kündbare Personen gestrichen.

Keulenschläge

Die brasilianischen Kollegen haben in ihrer Betriebszeitung einen wilden Kapitalisten mit Keule dargestellt, der auf etwas draufschlägt – ein Schlag mit der Keule für die Rausgeschmissenen und ein Schlag gegen die Gewerkschaftsbewegung.

Es werden ganz neue Töne angeschlagen. Dinge, die man in den vergangenen drei oder vier Jahren einfach erst mal miteinander überlegt hat, werden nun einfach vollzogen.

Das ganze ist natürlich auch ein Schlag gegen die, die drinbleiben. Nicht einfach nur dadurch, daß durch solche Entlassungswellen ungeheure Verängstigung unter den verbleibenden Kollegen um sich greift, sondern ganz praktisch hat sich dieser Keulenschlag vier Wochen später noch einmal wiederholt.

Abbau von Sozialleistungen

Die Fabrikkommission berichtet in ihrer Zeitung vom Oktober von einem weiteren Schlag: Am 25. Oktober kündigte die Leitung von Mercedes Benz an, daß sie eine ganze Reihe von Sozialleistungen einfach streichen werde. Beispiel:

- Sie hatte sich erst 1994 dazu durchgerungen, Urlaubsgeld in Höhe von 50% des Monatseinkommens zu bezahlen, ähnlich wie hier. Gesetzlich ist ein Drittel. Mercedes wird den übergesetzlichen Teil jetzt wieder streichen.

- 1990 hatte die Gewerkschaft einen sogenannten „strategischen Streik“ durchgeführt; 180 Leute stellten die Arbeit ein, so daß die ganze Fabrik lahmgelegt war. Die unmittelbar Streikenden bekamen damals natürlich kein Geld vom Werk, wohl aber hatte ein Arbeitsgericht entschieden, daß die anderen bezahlt werden müssen. Nun hat Mercedes das wieder ausgekratzt und will den Leuten, die damals aufgrund des strategischen Streiks nicht arbeiten konnten, das Geld wieder abziehen.

- Sie werden die Essenspreise auf einen Schlag um 400%, die der Fremdfirmenarbeiter im Betrieb um 800% erhöhen. Das bedeutet, daß Fremdfirmenleuten etwa ein Drittel bis ein Viertel von ihrem Lohn von vornherein abgezogen kriegen für Essen und Frühstück.

- Sie werden die Werkszubringerfahrten mit dem Omnibus reduzieren. Die etwa 1000 Fremdfirmenarbeiter dürfen diese von Mercedes Benz bereitgestellten Omnibusse überhaupt nicht mehr benutzen.

Schläge gegen die Fabrikkommission selber

In den letzten Wochen bekamen in drei oder vier Fällen Betriebsräte, Mitglie-

der der Tarifkommission, eine Ermahnung, weil sie innerhalb der Arbeitszeit Versammlungen an verschiedenen Stellen durchgeführt haben, um mit den Leuten zu diskutieren. Das darf nach Ansicht von Mercedes Benz nicht sein. Sie wollen Gewerkschaftsarbeit nur außerhalb des Fabrikgeländes dulden.

Zusammenfassend sagen die Kollegen in ihrem Flugblatt: „Kehrt die Diktatur zurück? Noch vor einigen Jahren haben diese hier abgebildeten Herren geredet von Beteiligung, von der Modernisierung der Beziehungen von Arbeit und Kapital. Diese wollen das jetzt gar nicht mehr. Jetzt stellen sie einfach ihre Normen auf, und das erinnert uns sehr stark an die Zeit der Diktatur. Es gibt keinen Verhandlungstisch mehr, sondern es gibt Repression.“

Was haben wir bis jetzt unternommen?

Wir haben den Kreis der Personen, die wir kennen und denen internationale Solidarität ein Anliegen ist, über die Vorgänge informiert, auch die Freunde in den anderen Werken von Mercedes Benz hier in Deutschland.

Wir haben dem Gesamtbetriebsrat, seinem Vorsitzenden Karl Feuerstein, die Unterlagen gegeben. Wir haben das Gesamtbetriebsrats-Sekretariat in Stuttgart informiert, wir haben die IG-Metall-Vorstandsabteilung Internationales informiert. Das ist uns wichtig, damit sie entsprechend ihrer Funktion auch reagieren können.

Wir haben darüber hinaus versucht, in die Presse zu kommen, z.B. in die taz. Ferner haben wir an die brasilianische Gewerkschaft Solidaritätsbriefe und an die Geschäftsleitung Protestschreiben selbst geschrieben oder veranlaßt. Auch haben wir versucht finanzielle Unterstützung zu geben, so weit das möglich war.

Solidarität wird organisiert

Es war sehr wichtig, daß der Gesamtbetriebsrat in Gestalt von Karl Feuerstein sich sofort eingeschaltet hat und das Gespräch mit Herrn Gottschalk vom Mercedes-Benz-Vorstand, zuständig für Nutzfahrzeuge international, gesucht hat. Er schrieb einen Brief mit etwa folgendem Inhalt: Es kann nicht sein, daß Mercedes Benz dort in Brasilien anders verfährt als hier in Deutschland; Aufforderung an den Vorstand, sich darum zu kümmern; falls Entlassungen nicht zu vermeiden sind, müssen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Über die Reaktion der IG Metall haben wir noch keinen Kenntnisstand. Die Brasilianer haben sich inzwischen für die Solidarität bedankt und geschrieben: „Wir sollten ernsthaft über weitere, weltweite direkte Aktionen nachdenken, um dieses grausame Spiel der sogenannten Globalisierung der Wettbewerbsfähigkeit oder was auch immer zu stoppen.“

Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß die Auseinandersetzungen, die sie dort führen – wenn auch auf einem ganz anderen Niveau der Arbeitsbedingungen – genau die selben sind wie hier. Die Forderungen des Kapitals von Mercedes Benz in den Kostensenkungsprogrammen dort gleichen fast genau in den Prozentsätzen den Programmen, mit denen wir hier konfrontiert werden.

Abhörbefugnisse nach Plan

Presseerklärung des Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FiFF) e.V.

Zu den neu eingefügten Vorschriften im aktuellen Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes (TKG-E) erklären die Vorstandsmitglieder des FiFF, Ingo Ruhmann, Ute Bernhardt und Werner Moritz:

Neue Kosten für Telekommunikations-Anbieter und ihre KundInnen sowie einen erneuten Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht führt die Bundesregierung im neuesten Entwurf des Telekommunikationsgesetzes (TKG-E) vom 24.11.95 ein.

Der neu eingefügte § 92a TKG-E verpflichtet alle Anbieter, auf ihre Kosten Kundendatenbanken zu führen, damit Name, Anschrift und Rufnummer aller KundInnen für einen automatischen Abruf per Computer zur Verfügung stehen. Auf Anforderung von Strafverfolgungsbehörden, Zollfahndungsamt, Verfassungsschutzbehörden, MAD und BND soll die noch zu schaffende Regulierungsbehörde die Daten abfragen und weitergeben. Der Dateizugriff muß so gestaltet werden, daß dem Anbieter die „Abrufe nicht zur Kenntnis gelangen“. Die Regulierungsbehörde darf das Verfahren nur kontrollieren, „soweit hierzu ein besonderer Anlaß besteht“.

Auf diesem kleinen Umweg erhalten Sicherheitsbehörden Zugriff auf die Daten aller KundInnen jedes Telekommunikationsanbieters - juristisch ist es dabei gleichgültig, ob das die Telekom AG oder kleine private MailboxbetreiberInnen. Weil sie alle Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen sind, müssen sie den automatischen Zugriff auf die Daten gestatten und dies auch noch bezahlen. Wer dem nicht Folge leistet, soll zumindest gezwungen werden, einen Kundenstamm „bis zur Erfüllung der Vorschriften (...) nicht zu verändern“, in schweren Fällen wird der Betrieb ganz untersagt.

Als kleines Bonbon sollen gemäß dem ebenfalls neuen § 93a TKG-E dem BND und anderen Geheimdiensten, die mit 110-Aufgaben betraut sind, alle Informationen über die Dienstleistungen und die Telekommunikationsnetze und -dienste recht beabsichtigte Änderungen mitgeteilt werden. Auf diese Weise erhielten die Dienste exklusiv die organisatorischen und technischen Details der Telekommunikationsnetze und -dienste.

Die Lösung im § 92a TKG-Entwurf ist ausgesprochen listig. Die Sicherheitsbehörden fragen gesuchte Anschlüsse nach, die Regulierungsbehörde hat alle Anbieter nach der gewünschten Person

zw. Personen-
gruppe zu
durchsu-
chen. Damit
vermeiden
die Sicherheits-
behörden dop-
pelten Ärger: Er-
stens sparen sie
sich die Arbeit und

zweitens den Ärger mit einer realen Superdatei aller Telekommunikations-KundInnen - die entsteht nur faktuell bei der Regulierungsbehörde bei jeder Anfrage. Die Regulierungsbehörde selbst ist nur ausnahmsweise zur Kontrolle befugt und damit lediglich ausführendes Organ einer Datenverarbeitung im Auftrag. Sie erhält die Anfragen von den Sicherheitsbehörden ergütet.

Diese Form der Novelle ist die Umsetzung jener Vorgaben, die Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger schon im Mai 1995 im Bundestag ankündigte. Die Ministerin, der der Große Lausangriff zum Stolperstein wird, baut den kleinen Lausangriff munter aus. Die Bundesregierung hält sich damit an ein vertrauliches Papier zu Problemen der modernen Telekommunikationstechnik und der Privatisierung des Telekommunikationssektors, das vom Justizministerium erarbeitet wurde. Auf der von Leutheusser-Schnarrenberger referierten Liste sind noch die Erweiterung der Fernmeldeüberwachungs-Verordnung (FUEv) auf private Telekommunikationsanlagen, die Regelung von Debit-Karten und die internationale Umsetzung deutscher Vorschriften, damit abzuhörende Personen nicht auf ausländische Anbieter ausweichen können. Fällig ist auch die Novelle des § 100c StPO: Zwar müssen Telekommunikationsanbieter nach der FUEv vom Mai 1995 die Funkzelle von MobilfunkteilnehmerInnen an Sicherheitsbehörden liefern, mit denen sich ein lückenloses Bewegungsbild zusammensetzen läßt, solange das Funktelefon empfangsbereit bleibt. Die Sicherheitsbehörden aber dürften derartige Bewegungsdaten gar nicht erhalten, weil derartige in der gültigen Fassung des § 100c StPO nicht vorgesehen ist.

So schraubt die Bundesregierung beim kleinen Lausangriff die Eingriffsbefugnisse und die Qualität der erfaßten Daten hoch. Damit kann die Bundesrepublik ihre internationale Spitzenposition beim Abhören halten. Zum Vergleich: nach den letzten verfügbaren Zahlen für 1993/94 gab es in den USA etwa 1500 Abhöraktionen, hierzulande 3500 - pro Kopf der Bevölkerung hier also sechsmal soviel wie dort.

Die Neuregelung des Telefon-Abhörens, die zu Beginn damit begründet wurde, digitale Funktelefone abhörbar zu machen, wird nun stark erweitert und damit zu einer umfassenden Ausweitung des Fernmeldegeheimnisses. Der uferlose Datenabruf auf Kosten der Anbieter und damit der KundInnen, dessen Kontrolle nur auf besondere Veranlassung statthaft sein soll, ist nur ein Schritt auf dem gefährlichen Weg in die falsche Richtung. Die gesetzliche Einbindung der Geheimdienste in die Planungen neuer Telekommunikationsnetze und -dienste ein weiterer. Die Bundesregierung treibt die Entwicklung zu einer Informationsgesellschaft voran, in der sensibelste Daten über die Telekommunikations-Infrastruktur laufen.

Gleichzeitig wird eines der wichtigsten Schutzrechte der BürgerInnen für diese Form der Techniknutzung planmäßig scheinweise abgebaut. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ihre Pläne vollständig offenzulegen und den Abbau des Fernmeldegeheimnisses nicht weiter voranzutreiben. Schutzrechte unserer Verfassung auf dem Weg in die Informationsgesellschaft über Bord zu werfen, ist rechtsstaatlich nicht hinnehmbar!



Generalmajor Carl von Clausewitz hat die strategische Defensive als die stärkste Form erfolgreicher Kriegführung herausgestellt. Sie zerfällt in zwei Teile, einen des Abwartens und einen der Aktion. Ihren aktiven Teil nannte er »operativ-taktische Offensive«. In unserer heutigen Terminologie ist dieser Teil die aus der militärstrategischen Zielsetzung abgeleitete militärstrategische Gegenkonzentration. Das Ziel, nach Möglichkeit mit einem groß angelegten Gegenangriff das operative Ziel zu erreichen, hat Clausewitz in seinem Werk »Vom Kriege« im 9. Kapitel des VIII. Buches als konzentrischen Angriff, in unserem Sinne Gegenangriff, beschrieben.

Achstes Buch	
KRIEGSPLAN	
Kapitel Einleitung	949
„ Absoluter und wirklicher Krieg	952
„ A. Innerer Zusammenhang des Krieges	956
„ B. Von der Größe des kriegerischen Zweckes und der Anstrengung	960
„ Nähere Bestimmungen des kriegerischen Zieles.	
„ Niederwerfung des Feindes	975
„ Fortsetzung. Beschränktes Ziel	984
„ A. Einfluß des politischen Zweckes auf das kriegerische Ziel	987
„ B. Der Krieg ist ein Instrument der Politik	990
„ Beschränktes Ziel. Angriffskrieg	999
„ Beschränktes Ziel. Verteidigung	1003
„ Kriegsplan, wenn Niederwerfung des Feindes das Ziel ist	1009

Nr. 9 44. Jahrgang September 1994 Dm 10.00 65049720-10 © 1994

Europäische Sicherheit

Politik · Wirtschaft · Technik · Streitkräfte

Nur wer klare Begriffe hat, kann auch führen
Das Heer in der gegenwärtigen Sicherheitslage

von Christian Mühlrad

Sandkastenspiele mit dem Frieden

Ein Kriegsplan im Entstehen

In der öffentlichen Meinung der BRD unterliegen alle mit der Außen- und Sicherheitspolitik zusammenhängenden Gegenstände einer Neubestimmung. Der neue Kurs nimmt die Nachbarn im Osten als deutsche Einflußsphäre wahr. Dabei scheinen zum ersten Mal in der katastrophenreichen Geschichte des deutschen Imperialismus die imperialistischen Konkurrenten Rückendeckung zu geben. Die neue expansive Politik muß legitimiert werden, sie muß entworfen und gemacht werden und sie muß militärisch abgestützt werden. Auf die Bühne treten theologisierende Politiker, politisierende Generale und wissenschaftlich rasonierende Schlächter.

Theologisierende Politik

Mit dem Zerfall des realen Sozialismus entfiel auch das jahrzehntelang aufgebaute Feindbild der NATO. Da die Militärpolitik der BRD von Anfang an mit einer Bedrohung durch den Warschauer Pakt und seinen Kern, die Rote Armee der Sowjetunion begründet worden war, entstand eine Lücke in der Legitimation deutscher Rüstung. Diese Lücke wurde inzwischen geschlossen. Bundespräsident Roman Herzog, Schüler des Verfassungskommentators Maunz, referierte die neue Doktrin letzten November vor den Kommandeuren der Bundeswehr einmal mehr: Herzog: „Das Grundgesetz verpflichtet die deutsche Politik auf moralisch-ethische Maßstäbe. Es verpflichtet jeden Bürger und alle staatliche Gewalt auf den Schutz der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte, die Grundlage jeder Gemeinschaft, die Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt sind. Es bestimmt auch den Zweck und den Auftrag unserer Streitkräfte und es begrenzt diesen nicht auf die Verteidigung

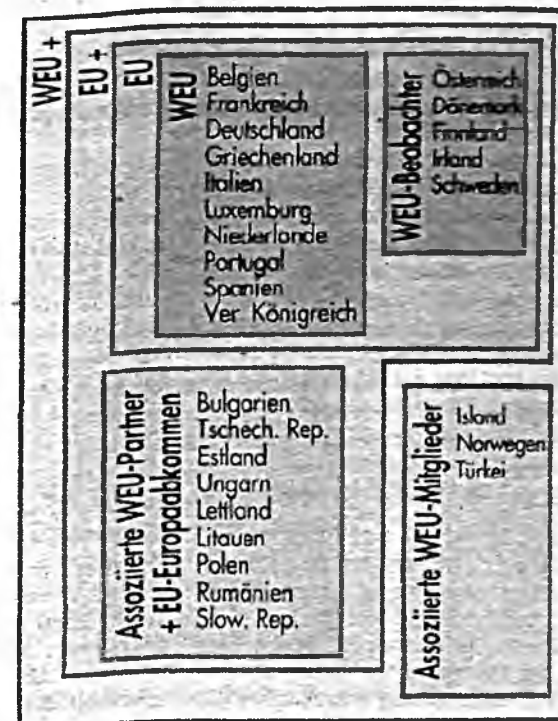
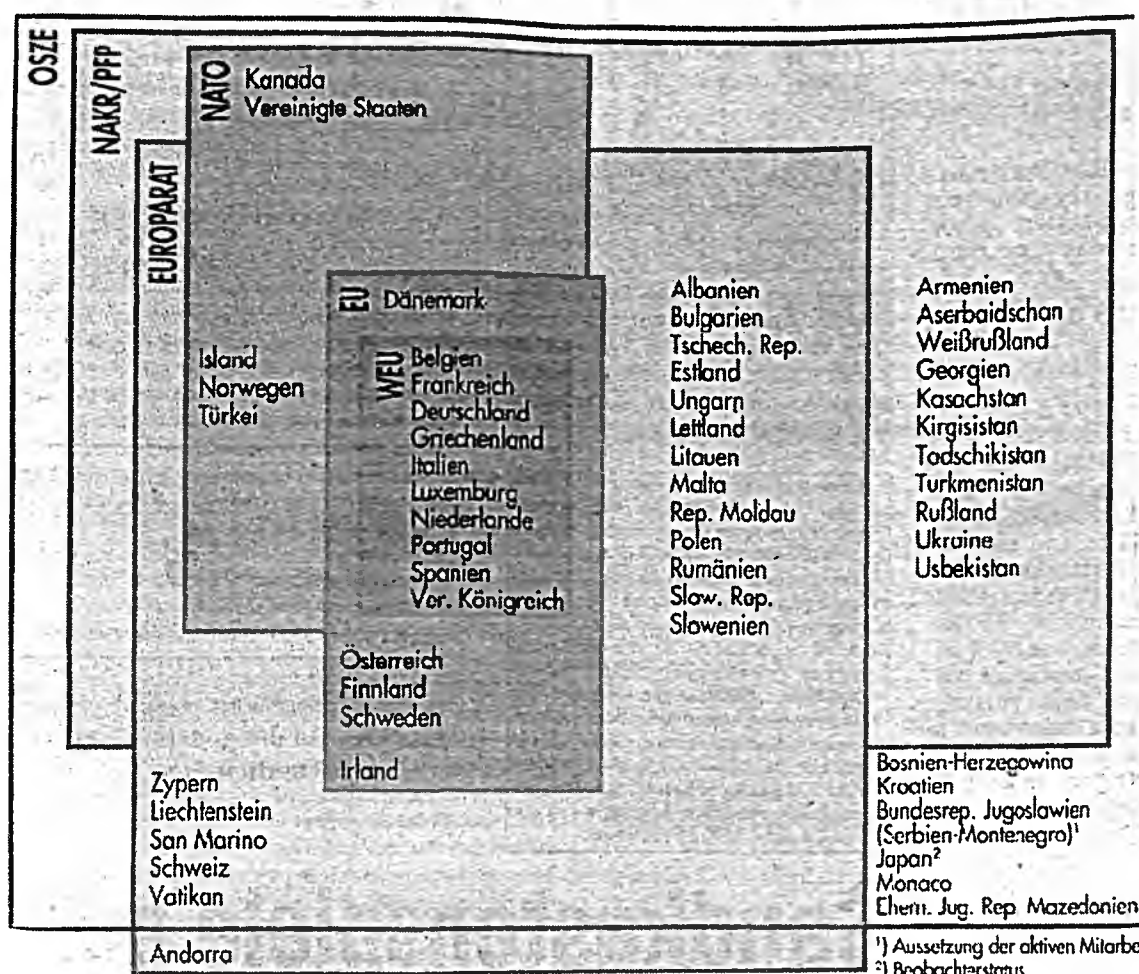
der nationalen Grenzen, so sorgfältig die Entscheidungen darüber auch bedacht werden müssen ... Gerade weil Deutsche in der jüngsten Geschichte militärische Gewalt in so schrecklicher Weise mißbraucht — und übrigens auch erlitten — haben, ist unser Land besonders verpflichtet, sich im Rahmen der Völkergemeinschaft an der Wiederherstellung des Rechts zu beteiligen.“

In diesem Gedankengang faßt der Bundespräsident Recht nicht demokratisch, nicht als von Menschen getroffene Übereinkunft auf, sondern als vom Denken vorgefundenes Ideal, das zu erkennen, dem nachzueifern und dem schließlich und notfalls auch mit Gewalt zur Wirklichkeit zu helfen wäre. Das so aufgefaßte Recht hängt nicht mehr von irgendeiner menschlichen Gesetzgebung ab, es repräsentiert gegenüber menschlichem ein höheres Wesen, ist wie von einem Gott gegeben da. Gerade weil es als Ideal über allem menschlichen Treiben steht, kann das so vorgestellte Recht überall gelten, wird die abweichende Meinung Betroffener unerheblich und Widerstand gegen die Stiftung des rechtmäßigen Zustandes verbrecherisch.

Da der demokratische Konsens als Rechtsquelle wegfällt, bestimmt in der politischen Wirklichkeit das Durchsetzungsvermögen, das Gewaltpotential den Inhalt des Rechtsideals, das weit entfernt davon sich ewig selbst zu gleichen, aktuell formuliert wird. Die Herrschenden, die das kleine Deutschland mit gefährlicher Frechheit unter die großen Mächte rechnen, formulieren ihre schabigen Geschäftsabsichten als sittliches Ideal. So können sie den näheren und fernerer Nachbarn geballte Ladungen unverschämter Ansprüche vor die Haustüre oder auch über die Grenze werfen, ohne daß im eigenen deutschen Land der aggressive Charakter einer solchen Außenpolitik in der öffent-



Die Europäische Sicherheitsarchitektur



Schaubilder links und oben aus „Nato Brief“ Nr. 5 Sep./Okt. 1995

Karte unten „Europa - politisch“, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Karte rechts aus der Beilage zur Wochenzeitung des Parlament „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 10. November 1995

lichen Meinung auch nur thematisiert werden müßte; der Staat tut, was die Menschenrechte fordern und die Guten sind — ohne jede Frage — wir!

Politisierende Generalität

Die fundamentalistische Methode der Selbstlegitimation stößt an die Grenze ihres Leistungsvermögens, wenn die aussersehenen Anderen nicht so wollen, wie sie sollten. Hier muß sich der Diskurs verzweigen. In der breiten Öffentlichkeit geht es moralisch sittlich weiter. Der Feind wird verteuelt, rundum verneint und vernichtet. Was sind heute noch „die Serben“ in der öffentlichen Meinung Deutschlands? Was morgen „die Russen“? Ein Nichts! In der Realität allerdings ruft eine Politik der Ansprüche Gegenkräfte auf den Plan, die unsentimental abgewogen und eingeschätzt werden müssen.

So stellt zum Beispiel Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, letzten November vor dem sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU in einer von ihm so bezeichneten sicherheitspolitischen Gleichung folgende Konstanten fest:

„Die Bedrohungslage des Kalten Krieges ist überwunden. Unser Land ist von Verbündeten oder befreundeten Nationen umgeben. Sicherheit und Schutz der territorialen Integrität sowie der freiheitlich-demokratischen Lebensordnung sind gegenwärtig nicht mehr unmittelbar existentiell bedroht. Wir sind kein Frontstaat mehr und wir werden alles dafür tun, daß dieser Zustand nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir liegen derzeit nicht mehr in der Reichweite eines zu raumgreifenden Operationen befähigten Gegners, aber es wäre Bauen auf Hoffnung statt Fakten, dies als völlig irreversibel zu bezeichnen.“

In dem Satz „Wir sind kein Frontstaat mehr und wir werden alles dafür tun, daß dieser Zustand nicht mehr rückgängig gemacht werden kann“ steckt eine unerhörte, gegen den Osten gerichtete imperialistische Anmaßung des neuen Deutschlands. Die Nachbarn

werden dadurch nämlich zur Freundschaft: gezwungen! Es handelt sich leider auch nicht bloß um ein allgemeines Schwadronieren. Für das Denken des militärischen Führers, der für eine anmaßende Politik militärisch einzustehen hat, wird nämlich jede widerstandsfähige Macht zum möglichen Feind. Naumann in seiner Gleichung über Rußland:

„Aber auch das konventionelle Potential gilt es zu beachten. Rußland will rund 1,5 Millionen Mann im Frieden unter Waffen behalten. Dies ist zwar eine Projektionsfähigkeit, die nur nach längerer Vorbereitung und nur in eine Rich-

tung zur Geltung gebracht werden kann, die Deutschland nicht mehr direkt erreichen kann, aber sehr wohl unsere östlichen europäischen Nachbarn oder die Flanken der NATO.

Für manche unserer Verbündeten und unsere Nachbarn im Osten ist daher die Frage nach wie vor Sicherheit vor Rußland, während wir, sicher im westlichen Lager stehend und mehr als 1000 km von Rußland entfernt es uns leisten können, Sicherheit mit Rußland anzustreben.

Wir haben daher die Gelassenheit anzuerkennen, daß Rußland wegen seiner unruhigen Grenzen im Süden und Osten starke Streitkräfte braucht. Aber

wir dürfen das vorhandene Potential nicht ignorieren, vor allem nicht die anhaltenden Bemühungen Rußlands um immer modernere Waffen. Wir müssen ein Gleichgewicht der Optionen erhalten, dies ist die Voraussetzung einer Politik wahrer Kooperation, einer Kooperation, die wir wollen. Auf dieser Basis können wir die Chance nutzen, Stabilität für ganz Europa zu erreichen und Sicherheit mit Rußland zu ermöglichen. Dieses Ziel kann Europa nur mit Deutschland erreichen, Verteidigungsfähigkeit zu erhalten ist daher Ausdruck deutscher Verantwortung für Europa.“

Wenn Naumann sagt, es werde „alles“ unternommen, damit Deutschland nicht wieder Frontstaat werde, diktiert er also gleichzeitig Rußland diese Situation zu und sagt auch etwas Knallhartes über die Bündnisfreiheit der dazwischen liegenden Staaten aus. Sie besteht aus seiner Sicht nämlich nur als Freiheit zur NATO. Deutschland hat keinen Feind? Kein Problem, wir machen uns erst einen, dann zwei, dann ...

Schlachthauswissenschaft

Sobald der Feind gemacht ist, hat die Militärwissenschaft ihre Aufgabe, denn jetzt muß eine Strategie her, ihn zu besiegen. Die Politik fordert den Erfolg, aber der Erfolg hat seinen Preis, das Militär erhält Forderungen und gibt Forderungen an die Diplomatie und die Wirtschaft zurück. Auf dieser Diskursebene kann der brutal aggressive Inhalt einer Politik nicht mehr bestritten werden, und wenn die Diskussion nicht hinter verschlossenen Türen bleiben kann, so wird sie durch einen speziellen wissenschaftlich-technischen Jargon der Öffentlichkeit entzogen.

Im Septemberheft der „Europäischen Sicherheit“ setzt der Stabsabteilungsleiter im Führungsstab des Heeres, Brigadegeneral Christian Millotat eine geradezu chiffrierte Aussage ab. Was wird ein karrierebewußter Offiziersschüler oder Stabsoffizier tun, wenn er liest:

„Das Ziel, nach Möglichkeit mit einem groß angelegten Gegenangriff das operative Ziel zu erreichen, hat Clausewitz



Nachrichtenverbindungen :
Berlin : GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6 94 92 57, Fax: 030 / 6 94 94 54.
Hamburg : GNN-Verlag, Palmmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax : 040 / 3 89 83 31.
Hannover : GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 05 11 / 3 52 08 16.
Köln : GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax : 02 21 / 21 53 73.
München : GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5 02 65 41, Fax : 089 / 5 02 81 12.
Schkeuditz (bei Leipzig) : GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax : 03 42 04 / 6 58 93.
Stuttgart : GNN-Verlag, Gutenberg - straße 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax : 62 15 32.
Abobestellungen an: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln .

Das Märchen vom letzten Gedanken

Ein historischer Roman aus dem Kaukasus – Leseempfehlung eines Buchs von Edgar Hilsenrath

Der 1989 erschienene „historische Roman aus dem Kaukasus“ „Das Märchen vom letzten Gedanken“ von Edgar Hilsenrath verblüfft beim Lesen durch seine Aktualität. Thema des Romans ist die Vertreibung und systematische Ausrottung der Armenier in der Türkei Anfang dieses Jahrhunderts. Die türkische offizielle Geschichtsschreibung, die bis heute das Verbrechen am armenischen Volk leugnet, bastelt gegenwärtig an den Theorien, die die Verfolgung, Unterdrückung und wieder auch die Ausrottung der kurdischen Menschen rechtfertigen sollen: und gerade deswegen liest sich der Roman in weiten Teilen als - mögliche - Gegenwartsschilderung. Die Vorstellung dessen, was in Kurdistan seitens der türkischen Regierung und Armee, ausgerüstet durch Waffen und unterstützt vom militärischen Ausbildern und Beratern aus Deutschland, geschieht, wird durch das Lesen des hier vorgestellten Romans konkreter und faßbarer.

Schon die Idee, den Blick zurück in die Geschichte des armenischen Volkes als Dialog eines sterbenden Menschen mit dem „Märchenerzähler in seinem Kopf“ zu gestalten, fasziniert immer wieder.

„Ich bin der Märchenerzähler in deinem Kopf. Nenne mich Meddah. Und nun sei ganz still, Thovma Khatisian. Ganz still. Denn es dauert nicht mehr lange. Bald ist es soweit. Und dann ... wenn deine Lichter allmählich ausgehen ... werde ich dir ein Märchen erzählen.“

„Was für ein Märchen, Meddah?“
„Das Märchen vom letzten Gedanken. Ich werde zu dir sagen: Es war einmal ein letzter Gedanke. Der saß im letzten Angstschrei und hatte sich dort versteckt.“

„Warum, Meddah?“
„.....Der hatte sich dort versteckt, um mit dem letzten Angstschrei ins Freie zu segeln ... durch deinen sperrweit aufgerissenen Mund.“

„Wohin, Meddah?“
„Nach Hayastan.“ (was in armenisch Armenien bedeutet) (S. 5)

Der Roman erzählt die Geschichte des Vaters dieses Thovma Khatisian, Wartan. Thovma wurde 1915 in einer Frauenkolonne geboren, die von türkischen Wachmannschaften im Zuge der sogenannten „Umsiedelungen der armenischen Bevölkerung“ in den sicheren Tod geführt wurde.

Das war der Zeitpunkt, wo sich in der Türkei die Strömung des „Türkentums“ durchgesetzt hatte. Mit dem Kriegsberitt sollten die Träume von der Restauration der alten osmanisch-türkischen Macht verwirklicht werden. Der Herrenmensch - in diesem Falle türkischer Art - setzte alles daran, die von ihm zum Untermenschen erklärten an-

deren Völker zu vernichten. Opfer dieser pantürkischen Ideologie waren zuerst das Volk von Pontus und die griechische Minderheit in Westanatolien. Nach diesen Völkermorden erfolgten zwei weitere, die diese in ihrer Dimension um ein Vielfaches überstiegen, nämlich an den Armeniern und an den Kurden. Von 1914 bis 1916 wurden 1,5 Millionen Armenier in einem bestialischen Massenmord dahingemetzelt. Im eigentlichen Land der Armenier lebt heute nur noch eine Minderheit von einigen Hunderttausend. Etwa zur selben Zeit wurde mit ähnlichen Methoden unter den Kurden gewütet und gleichzeitig Kurden gegen Armenier und Kurden gegen Kurden gehetzt.

Dieser geschichtliche Hintergrund kommt in Hilsenraths Roman voll zum Tragen. Da versucht der Müdir Bey (Polizeichef bzw. Statthalter) von Bakir dem armenischen Bauern Wartan Khatisian, den man sofort als harmlosen Menschen erkennt, nachzuweisen, daß er Teilnehmer einer armenischen Weltverschwörung sei, die Produkt der pantürkischen Ideologie war und zugleich als Vorwand für den Völkermord an den Armeniern herhalten sollte. Wartan soll ein Geständnis abliefern, daß er den Prinzenmord in Sarajevo begangen habe, um somit den Ersten Weltkrieg auszulösen.

Die Armenier sitzen überall, sagte der Müdir, wo das Böse am Rad der Weltgeschichte dreht. Alle Hebel sind in ihren Händen.

- Davon wußte ich nichts, Müdir Bey.
- Und das Schlimmste ist: sie wollen uns Türken einen Strick drehen.
- Davon weiß ich nichts, Müdir Bey.
- Es gibt eine armenische Weltverschwörung, sagte der Müdir. Sie sind die wirklichen Drahtzieher dieses Krieges. Ihr Endziel ist die Vernichtung der Menschheit. Aber zuerst wollen sie uns Türken schaden. Und deshalb haben sie diesen Krieg geplant. (S. 98)

Die deutschen Militärberater, Offiziere und militärischen Ausbilder gehören zur türkischen Machinerie, es wird deutlich, daß sie mit Waffen, Geld und Interessen die jungtürkische Bewegung unterstützen und dies als Teil ihres Kaliküls betrachten.

- Ich habe gestern mit dem deutschen Konsul gesprochen, sagte der Major (ein deutscher Major, Anm.d. Verf.).

- Wegen der Armenier?
- Wegen der Hinrichtungen und der vielen Verhaftungen.

- Was hat der Konsul gesagt?
- Er hat bereits Berlin benachrichtigt und sich dort an höchster Stelle beschwert. Aber dort weiß man seit langem Bescheid.

- Könnte der Kaiser nicht etwas unter-

nehmen, um diesen vielen Verhaftungen und Hinrichtungen Einhalt zu gebieten?

- Der Kaiser mischt sich hier nicht ein. Außerdem: es ist Krieg. Verhaftungen sind überall an der Tagesordnung.

- Und Hinrichtungen.

- Die auch.

- Aber doch nicht in diesem Umfange.

- Da haben Sie recht. Nicht in diesem Umfange.

- Hat der Konsul noch was gesagt?

- Ja. Er hat gesagt: die Türken bereiten ein Massaker vor.

- An den Armeniern?

- Ja.

- Hier hat es immer schon Massaker gegeben. Das wäre nichts Neues.

- Das stimmt.

- Hat der Konsul noch etwas gesagt?

- Ja. Er hat gesagt: die Türken bereiten ein Massaker vor, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Es wird alle Massaker der Geschichte in den Schatten stellen.

- Und woher will er das wissen?

- Er hat Informationen.

- Ein großes Massaker also?

- Ja.

- Wann?

- Das weiß man nicht.

- Worauf warten die Türken.

- Auf einen handfesten Anklagepunkt.

- Um das ganze armenische Volk anzuklagen?

- Ja.

- Da muß der Kaiser aber einschreiten?

- Das müßte er.

- Schließlich schießen die Türken mit deutschen Waffen.

- Da haben Sie recht.

- Der Konsul sollte den Kaiser benachrichtigen. Er sollte telegraphieren: Es steht ein Massaker bevor, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Die Opfer sind Christen.

- Das würde nichts nützen.

- Warum?

- Weil den Kaiser nicht interessiert, was eventuell geschehen könnte.

- Sie meinen: es muß erst geschehen.

- Jawohl.

- Man braucht Tatsachen? Konkrete Berichterstattung?

- So ist es.

- Um ihn dann zu bitten, hier einzulenken.

- Ja.

- Aber dann wird es doch zu spät sein? (S. 171/172)

EDGAR HILSEN RATH Das Märchen vom letzten Gedanken



Ein historischer Roman aus dem Kaukasus

Quellen:
Kurdische Geschichte im Überblick, GNN Verlag München 1995, S. 25/26
Norbert Schlachtsiek-Freitag: Edgar Hilsenrath. 51. Nlg. Kritisches Lexikon zu deutschsprachigen Gegenwartsliteratur - KLG
Peter Stenberg (University of British Columbia): Memories of the Holocaust - Edgar Hilsenrath and the Fiction of Genocide. DVLG, 56, 1982, S. 277-289)
Der Autor (zitiert aus: Norbert Schlachtsiek-Freitag: Edgar Hilsenrath. 51. Nlg. Kritisches Lexikon zu deutschsprachigen Gegenwartsliteratur - KLG):
Edgar Hilsenrath, geboren am 2.4.1926 in Leipzig, entstammt einer jüdischen Kaufmannsfamilie. Er wuchs in Leipzig und Halle an der Saale auf und besuchte bis 1938 die Mittelschule. Aus Furcht vor dem eskalierenden Judenpogrom schickte der Vater die Familie zu Verwandten nach Siret/Rumänien. Nach der Machtergreifung der Faschisten in Rumänien wurde Hilsenrath 1941 ins jüdische Ghetto der ukrainischen Stadt Moghilev-Podolsk deportiert. Nach der Befreiung durch russische Truppen 1944 schlug er sich unter lebensbedrohlichen Umständen nach Bukarest durch; nach der Kapitulation Rumäniens zog er mit gefälschten Papieren nach Palästina. 1951 wanderte er in die USA, deren Staatsbürgerschaft er annahm, aus und lebte bis 1975 vorwiegend in New York. Als deutschschreibender Autor wurde Hilsenrath Mitglied von „The Author's Guild“, „The Author's League“ und des PEN-Clubs der USA. Ende 1975 kehrte er nach Deutschland zurück, seitdem lebt er mit einem amerikanischen Paß in Berlin.
Preise: Alfred-Döblin-Preis, zusammen mit Einar Schleef (1989); Heinz-Galinski-Preis (1992); Hans-Erich-Nosack-Preis (1994).
Über Edgar Hilsenrath und seine Bücher zu schreiben, heißt zunächst einmal, an Versäumnisse der westdeutschen (Groß-)Verlage zu erinnern. Offerten von internationalen Literaturagenten, Empfehlungen von „scouts“, hervorragende Kritiken und Millionenauflagen im Ausland - viele Jahre lang hat keiner dieser Vorzüge ausgereicht, um auch nur einen westdeutschen Verleger für Edgar Hilsenrath zu interessieren. Erst 1979, nachdem ein Kleinverlag den Autor „durchgesetzt“ hatte und Hilsenrath einen neuen Verlag suchte, traten die Großen der Branche zum Pokern um Handgelder und Titelrechte an. Hilsenraths Komplikationen mit deutschen Verlagen reichen bis ins Jahr 1964 zurück. Damals schrieb der amerikanische Literaturkritiker Henry Marx, dem der Debütroman „Nacht“ zur Beurteilung vorgelegen hatte, einen „begeisterten Empfehlungsbrief“ an den Kindler Verlag, dessen Chef das Buch daraufhin offenbar gegen massive interne Widerstände ins Programm aufnahm ... mit einer Auflage von 1000 ...

Das Märchen vom letzten Gedanken, Edgar Hilsenrath. Erschienen als Taschenbuch im Heyne Verlag, Best.Nr. 01/9101. DM 16,90. - (evd)

TERMINE

4./7.1.: Die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung führt die Winterkurse der Linken Schule Schnepfenthal vom 4. bis 7. Januar 1996 durch (Donnerstag mittag bis Sonntag mittag). Wie immer finden drei Kurse statt, diesmal zu den Themen: Philosophie: Religion und Staat, Glaube und Gewalt. Geschichte: Geschichte der Kommunalverfassungen. Wirtschaftspolitik/Gewerkschaftsbewegung: Kommunales Wirtschaften. Ort: Die Linke Schule findet wiederum in Schnepfenthal (Thüringen), Hotel Hermannstein statt. Anmeldung zu den Kursen für Interessierte

aus den westlichen Bundesländern: GNN Hamburg, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. (0 40) 38 13 93, Fax (0 40) 3 89 83 31

27./28. 1.: 2. Tagung des 4. Parteitag der PDS in Magdeburg. Tagesordnung u.a.: Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998 (Debatte und Beschlußfassung); Die PDS in den Kommunen - Leitantrag zur Kommunalpolitik; Bericht Rechenschaftslegung 1994; Wahlen zur Bundeschieds- und zur Finanzrevisionskommission; Beschlußfassung über die Finanzordnung der PDS.

27./28.1. Grüner Länderrat in Erfurt

27.1. 18. Landeskongress antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW in Duisburg

3./4.2. Grüner Frauenrat in Kassel

9.-11.2.: Wintertreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen in der Jugendherberge in Osnabrück, Iburger Str. 2. Anmeldungen beim Büro der BAGs in Frankfurt, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. 069/250030, Fax 069/235584

1. / 3. 3. : Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen in Mainz.

9./10. März: BWK-Bundeskongress in Köln.

10. März : Kommunalwahlen in Bayern.

24. März : Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

1./6. 4. Linkes Medienspektakel in Suhl (Thüringen)

14./16. 6. Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

22. September : Kommunalwahlen in Niedersachsen